

## **2. Leipzig: Konstitution und Wandel asylpolitischer Felder, Diskurse und Policies**

---

Für ein Interview traf ich mich mit dem 76-jährigen, in Syrien geborenen Germanisten und Dolmetscher Amin Almukdad bei ihm zu Hause in seinem Arbeitszimmer. Wir tranken Schwarztee und er begann von sich aus zu erzählen. Ich brauchte ihm gar keine Frage zu stellen. Er wurde aufgrund seiner zahlreichen Ämter und Engagements in Leipzig oft interviewt und im März 2016 schien ihm klar zu sein, was man wissen will, wenn man bei ihm auf dem Sofa sitzt. Also erzählte er, wer er ist und wo er herkommt: Er ist als Jugendlicher aus Syrien in die DDR geflüchtet und seit 1990 in Asyl- und Migrationsthemen freiwillig engagiert. Er beginnt detaillierter über die Wende zu erzählen:

»Ich habe in der DDR meine Jugend und mein Mittelalter verbracht. Also ich habe hier studiert. Ich habe auch eine Situation erlebt, wo wenig Ausländer hier lebten. Wir hatten keine Asylbewerber bis auf politische und dann kam es zur Wende [...]. Und dann standen wir vor einer neuen Situation. Da hatten wir plötzlich Ausländer, die nicht nur studieren wollten. Und dann hatten wir Asylbewerber. Das hatten wir in dem Sinne vorher nicht gehabt. Und dann kam mit der Wende der Rechtsradikalismus hoch. Also der war da, aber im Untergrund. Der kam nach der Wende richtig zum Ausdruck. [...] Also Erstens habe ich gleich nach der Wende, 1990, mit deutschen und ausländischen Freunden [...] [den] erste[n] multikulturelle[n] Verein in Leipzig gegründet. [...] Das war auch notwendig, weil eine neue Situation gekommen war. Und weil regierungsseits das nicht mehr bewerkstelligt wurde. Deshalb war es notwendig, eine zivilgesellschaftliche Organisation zu schaffen. Ich kann mich an den ersten Angriff auf ein Asylbewerberheim erinnern [...]. Da habe ich mit vielen anderen Leuten den Widerstand organisiert [...]. Um eine Solidarität mit den Heimbewohnern zu organisieren.« (Interview Amin Almukdad: 24.03.16)

Amin Almukdad bewältigt einen Abriss asylpolitischer Geschichte in Leipzig in Verbindung mit seiner Biografie und hebt dabei hervor, dass er in Situationen wirksam wurde, die »regierungsseits nicht mehr bewerkstelligt wurde[n]«. In den folgenden zwei Stunden erzählt er von noch viel mehr Aktionen, bei denen er erfolgreich

verhandelt oder verhindert hat. Ich bin beeindruckt, wie seine Erzählungen Stadtgeschichte und individuelle Biografie verknüpfen und eine eher unpersönliche Geschichtsschreibung zur Handlung involvierter Personen wird. Eine Verbindung, die über die letzten 26 Jahre beständig weitergewachsen ist, von Anlass zu Anlass. Amin nimmt bis heute eine besondere Rolle in Leipzig als Gründer, Vermittler und Übersetzer zwischen politischen und gesellschaftlichen Akteur\*innen, insbesondere syrischen Geflüchteten, ein. Sein kleiner chronologischer Einblick soll hier einerseits eine vertiefende Analyse relevanter asylbezogener Policies und Diskurse in Leipzig einleiten, andererseits wird in diesem Interviewausschnitt deutlich, dass in gesellschaftlichen Prozessen individuelle Anknüpfungspunkte für Engagementbiografien liegen, und dass sie als solche auch die Beziehung der Individuen gegenüber der zivilgesellschaftlichen sowie gegenüber der staatlichen Sphäre (re)produzieren.

Diesem Grundgedanken folgend ist das Thema dieses Kapitel die Beschreibung meines Forschungsfeldes Leipzig und insbesondere des Engagements im Kontext asylpolitischer Strukturen in Leipzig. Konstitution und Wandel, wie im Titel ange-deutet, werden zusammengedacht und zusammengebracht: Die Konstitution des Feldes, die sich durch die Analyse von bestehenden Institutionen, Policies und Diskursen in Bezug auf Asyl, Migration, Integration, Engagement und Zivilgesellschaft der Vergangenheit und Gegenwart beschreiben lässt, wird nicht als eine starre, gegebene oder fixe Ausgangssituation beschrieben. Vielmehr verdeutliche ich mithilfe der *Assemblage Theory*, dass Wandel zur Konstitution dazugehört. Gleichzeitig beschreibe ich einen besonderen Wandel des Feldes 2015/2016, der die Elemente der Assemblage auch nachhaltig beeinflusste.

Anhand einer ausgewählten Chronologie zeige ich die Interdependenz lokal sichtbarer Ereignisse mit solchen, die nicht-lokal oder nicht-sichtbar stattfinden und dennoch das Geschehen vor Ort beeinflussen. So ist beispielsweise der Bau einer Moschee für den Ort, das Stadtviertel, wo er stattfinden soll, ein lokales Ereignis, das gleichzeitig durch die mediale Vernetztheit, durch die Existenz von über-lokalen Glaubensgemeinschaften und Gruppen, die ideologische Ansichten (islamfeindliche zum Beispiel) teilen, mit Über-Lokalem verbunden ist. So wird deutlich, wie beispielsweise nationale Identitäts-Diskurse um eine deutsche »Leitkultur« (vgl. Stoop 2012: 36), um »Parallelgesellschaften« (vgl. Yıldız 2013: 17f.), Angst vor Überfremdung etc. auf lokaler Ebene in den Debatten um Moscheebauten in verschiedenen Städten Deutschlands reproduziert werden. So wie die Ereignisse finden auch deren Effekte auf verschiedenen »levels of scale« (DeLanda 2016: 17) statt: Sie werden zu Anknüpfungspunkten für das Engagement von Individuen und produzieren Policies und Diskurse und andersrum. Neben wachsenden Unterstützungsstrukturen gegen rechte Mobilisierungen in der Zivilgesellschaft gibt es auch auf nationaler Ebene diskursive ›Antworten‹, wie beispielsweise die *Willkommenskultur*. Ich zeige für mein Forschungsfeld auf, wie diese Ereignisse und

Diskurse sich in einer zunehmenden Ambivalenz verbinden und welchen Einfluss sie auf die Asylstrukturen im Kontext steigender Zuweisungszahlen ab 2009 haben. Damit verdeutliche ich zum einen die *Glokalität* meines Feldes. Zum anderen zeige ich auf, wie diese Einflüsse und Prozesse die Öffnung des asylpolitischen Feldes in Leipzig sichtbar verstärkten.

Der Frage des Wandels näherte ich mich hier nicht nur über die Frage nach den lokalen und globalen Einflüssen im Feld, sondern auch über grundsätzliche Fragen der Konstitution und des Wandels politischer Systeme. Beides lässt sich auf dieser analytischen Ebene gut mit der *Assemblage Theory*, die sowohl ein gesellschaftliches Gefüge in seinem momentanen zusammengesetzten (fragilen) Zustand, als auch gleichzeitig den Prozess des sich Fügens beschreibt sowie der *Stategraphy*, die sich auf die Analyse der Beziehungen und deren Bedeutung in Netzwerken zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur\*innen konzentriert. Beide Ansätze eignen sich, um komplexe Beziehungen und Prozesse auf eine Weise darzustellen, die deren Vielschichtigkeit, Ambiguität und Prozessualität sichtbar macht.

## 2.1 Leipziger Asylpolitik im Kontext *glokal*er Diskurse und Policies

Sowohl lokal sichtbare Diskurse und Policies sowie Erinnerungsorte und vergangene Ereignisse als auch überlokale gesellschaftliche Prozesse und Diskurse können in unterschiedlichsten Weisen prägend für ein zu untersuchendes Forschungsfeld sein. Im Konzept der *Assemblage* ist diese Gleichzeitigkeit von lokalen und globalen Einflüssen beschrieben. Collier und Ong verdeutlichen dies durch den Begriff der »*Global Assemblages*« (2005). Globale Prozesse sind eingebettet in lokale Praktiken und werden durch die Handelnden aktiv rezipiert. *Global* meint dabei etwas universelles, eine unveränderliche Form, die wandert und die in neuen Situationen neue *Assemblagen*, also Beziehungen zu den dortigen Gegebenheiten herstellt (vgl. Collier und Ong 2005: 11). Paul Rabinow (2004) benutzt das *Assemblage*-Konzept, um vor allem die Prozessualität und Momentaftigkeit der »sich ereignende[n] Formen« (Rees und Caduff 2004: 24) in ihrer Unabgeschlossenheit darzustellen. Diese zeitliche und räumliche Komplexität will ich im Folgenden für mein Forschungsfeld darstellen.

### 2.1.1 »Friedliche Revolution« und »Bürgerstadt«: Zivilgesellschaft in Leipzig

Leipzig als Ausgangspunkt der sogenannten »Friedlichen Revolution«<sup>1</sup> ist erstens ein Quell und Fokus verschiedenster Marketingstrategien, zweitens eine immer wieder verschiedenen reproduzierte Erinnerungsfigur und drittens ein individuelles biografisches Ereignis zahlreicher Menschen in Leipzig. Die Erinnerungsfigur »Friedliche Revolution« wurde auch im Forschungszeitraum häufig als historischer Referenzpunkt verschieden interpretiert und genutzt: *Einerseits* als Möglichkeit, Leipzig als »aufgeklärt, vielfältig und weltoffen« mit einem dementsprechenden Leipziger »Bürgertum« zu inszenieren (Feustel und Prüwer 2017: 149). *Andererseits* ist, so zeigt der Ethnologe René Seyfarth auf, ist dieser Diskurs um die Begrifflichkeiten »[b]ürgerliche Verdienste« und »Bürgerstolz« (Seyfarth 2015: 62), »ebenso wie ›Wir sind das Volk‹ oder eben ›Bürger‹ in zahlreiche, divergierende Richtungen anschlussfähig« (ebd.: 63). Im Forschungszeitraum wurde dies insbesondere bei sächsischen Pegida- und Legida-Bewegungen<sup>2</sup> sichtbar, oder in der Entstehung von »Bürgerinitiative[n]« gegen Geflüchtete (siehe z.B. Feustel und Prüwer 2017: 144). *Andererseits* ist der Ring als Ort der Demonstrationen bis heute ein strategischer Demonstrationsort.<sup>3</sup> Dieser Ort wird nicht nur *aufgesucht* unter Verweis auf historische Bezüge, er wird auch aus denselben Gründen *verteidigt*, was gezielte Blockaden auf Gegendemonstrationen immer wieder beweisen. Wer durch Leipzig laufen »darf« oder nicht, in dieser Frage schwingt typischerweise eine gewisse Besonderheit mit, die schwer zu beschreiben ist. Ein Selbstverständnis als Stadt, die sich rechten Ideologien entgegensemmt und ein Selbstverständnis unter zahlreichen Menschen, dass es ihre Aufgabe ist, diese Position zu behaupten. Es gibt

- 1 »Leipzig mit den Montagsdemonstrationen, ausgehend von den Friedensgebeten in der Nikolaikirche, wurde, wie schon oft in der sächsischen Geschichte, zum Ausgangspunkt revolutionärer Umgestaltung, diesmal in Form der friedlichen Revolution des Herbstes 1989. Hundertausende demonstrierten ab September auf Leipzigs Straßen, nicht nur Leipziger, sondern auch Menschen aus den umliegenden Städten und Dörfern« (Gross 2001: 301).
- 2 Pegida steht für »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«. Die von Lutz Bachmann gegründete Organisation veranstaltete ab Herbst 2014 montagabends Demonstrationen (vgl. Locke 2017: 36), zuerst in Dresden und dann in weiteren Städten, wobei vor Ort der Name an den Stadtnamen angepasst wurde (zum Beispiel Legida in Leipzig). Locke beschreibt Pegida als eine »sehr sächsische Bewegung« (2017: 35), weil »viele der Demonstranten [einerseits die] wachsende Zahl an Asylbewerbern [...] als Bedrohung empfinden, sowie die nicht verarbeiteten Verletzungen der Nachwendezeit, die, so hoffen die ›Spaziergänger‹, jetzt endlich aufs Tapet kommen. Es ist eine spezifisch ostdeutsche, wenn nicht gar sächsisch-dresdnerische Melange« (Locke 2017: 38). »Mit den geringer werdenden Flüchtlingszahlen 2016 verliert Pegida stetig Zulauf« (Locke 2017: 44).
- 3 Zuletzt wollten sich Corona-Querdenker im November 2020 als neue Friedensbewegung darstellen und demonstrierten auf dem Ring.

damit verbunden in Leipzig deutliche Vorstellungen davon, wofür die Zivilgesellschaft verantwortlich ist. Mir erscheint dies als etwas, dass die städtische Gesellschaft in ihrem Miteinander prägt.

Die »Friedliche Revolution« als individuelle Erinnerung ist – drittens – für das Engagement von Menschen in Leipzig relevant. Diejenigen unter meinen Kontaktpersonen (wie zum Beispiel Amin, oder Heinz im Folgenden), die schon vor oder seit den frühen 1990er Jahren als Engagierte in Leipzig lebten, verglichen die Situation 2015 immer wieder mit dieser Zeit in Leipzig. Sowohl der Zuzug Asylsuchender als auch die rechte Stimmung gegen sie Anfang der 1990er Jahre werden als Bezüge für diesen Vergleich herangezogen. Gleichzeitig wird die gewachsene gesellschaftliche Unterstützung für Geflüchtete und die bessere Konstitution der asylpolitischen Verwaltungsstrukturen heute als positive Entwicklung angemerkt und in Bezug zu den eigenen vergrößerten Handlungsrahmen gesetzt. Diese Bezugnahme auf die Tradition des bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt verknüpft sich mit eigenen Erfahrungen, wie die Ausführungen Amins zu Beginn des Kapitels deutlich machten. Auch der folgende kurze erste Ausschnitt aus den biografischen Erzählungen von meinem Informanten Heinz Brand spiegelt dies wider: Auch Heinz, der zu DDR-Zeiten in die Kirche eintrat, um seinen Kindern einen nicht-staatlichen Kindergartenplatz zu ermöglichen und danach ehrenamtlich in der Kirche sehr aktiv war, da man dort »Freiräume [hatte], die es sonst nicht gab« (Interview Heinz Brand: 11.12.15), blickt auf eine facettenreiche Engagementbiografie in Leipzig zurück. Aufgrund dieser kirchlichen Anbindung war er Teil der ersten Friedensgebete, die die »Friedliche Revolution« in Leipzig einleiteten:

»Und wir haben dann auch Friedensgebete gemacht in der Nikolaikirche und so bis zur Wende und da war das natürlich eine Prägung, sodass man natürlich danach gesagt hat: Ich will mich gesellschaftlich auch weiter engagieren. Und jetzt ist ja die Möglichkeit da, ne?« (ebd.: 11.12.15).

Dies verdeutlicht, dass dieser geschichtliche Bezug nicht nur Stadtmarketing im Sinne einer diktierten, oder einer politisch sehr erwünschten Erinnerungskultur ist, sondern als konstituierender Teil der eigenen Engagementbiografie betrachtet wird.

Diese Ausführungen zur »Friedlichen Revolution« dienten vor allem dazu, einen Einblick in ein – mal lautes, mal leises – Leipziger Grundrauschen von Selbstverständlichkeiten und Erinnerungsfiguren in Bezug auf ›Bürgerschaft‹ und ›Zivilgesellschaft‹ heute zu geben. Im Folgenden soll es um noch speziellere, spezifisch asylpolitische Ereignisse und Diskurse gehen, die das Thema »Zivilgesellschaftliches Engagement« in der Stadt mit den asylpolitischen Diskursen und deren Netzwerken in der Stadt verknüpfen.

## 2.1.2 Institutioneller Wandel und nachlassender Zuzug nach 1990

»Seit den sechziger und siebziger Jahren wanderten Gastarbeiter aus Vietnam, Angola und Mozambique sowie Studierende aus Ostasien (Vietnam, Laos, Kambodscha), dem Nahen Osten/Vorderen Orient (Syrien, Palästina, Jemen), Afrika (Äthiopien, Algerien, dem mittleren und südlichen Afrika), Mittel- und Südamerika (Kuba, Nikaragua, andere) zu, von denen ein erheblicher Teil – inzwischen mit Familien – heute in Leipzig lebt.« (Geier und Schlesinger 1996: 164; vgl. auch Phillips und Rink 2009: 400f.)

Im Jahr 1989 waren 19.801 Personen aus dem Ausland in Leipzig registriert. Das waren damals 3,7 % der Stadtbevölkerung (vgl. Phillips und Rink 2009: 400). Kurz nach der Wende verließ etwa die Hälfte der in Leipzig lebenden »Ausländer« die Stadt (ebd.: 400).

Nach der Wiedervereinigung 1990 begann die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nach dem Königsteiner Schlüssel, wie es in der BRD schon üblich war.<sup>4</sup> Nach diesem Verteilungsschlüssel werden die Asylsuchenden in die jeweiligen Bundesländer zugewiesen, womit die Unterbringung und der weitere Umgang mit Asylsuchenden in die Verantwortlichkeit der Länder übergeben wird. Für die Bundesländer auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bedeutete dies, sowohl Verwaltungs- und Infrastrukturen schnell neu zu organisieren. Aber nicht nur die Strukturen, auch das Zusammenleben mit Zugewanderten existierte bisher nicht oder kaum, da in der DDR versucht wurde, die sozialen Kontakte zwischen Zugewanderten, seien es Vertragsarbeiter\*innen, Asylsuchende oder ausländische Studierende, und DDR-Bürger\*innen zu verhindern (vgl. Philipps und Rink 2009: 400). Rassismus existierte offiziell nicht. Gleichzeitig wurde die Frage nach der *Integration* Zugewanderter gar nicht gestellt. »Integrationsstrategien oder –ansätze gab es unter diesen Bedingungen nicht.« (ebd.: 400)

Im Leipziger Konzept »*Wohnen für Berechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz*« (Sozialamt Leipzig 2012), im Folgenden »Unterbringungskonzept« genannt,

---

<sup>4</sup> »Die Verteilungsquote wird jährlich von der Bund-Länder-Kommission ermittelt und legt fest, welchen Anteil der Asylsuchenden jedes Bundesland aufnimmt. So soll eine angemessene und gerechte Verteilung auf die Bundesländer sichergestellt werden.« (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2019) Im Jahr 2015 sind 5,08 % (vgl. Bundesanzeiger 2014), 2016 5,06 % (vgl. Bundesanzeiger 2016) aller in Deutschland Asylsuchenden in Sachsen untergebracht worden. »Die landesinterne Verteilung in Sachsen auf die Landkreise und Kreisfreien Städte erfolgt nach einem Schlüssel, der sich aus dem Anteil des jeweiligen Landkreises bzw. der Kreisfreien Stadt an der Wohnbevölkerung des Freistaates Sachsen errechnet; maßgeblich sind die Verhältnisse am 30. Juni des jeweils vorangegangenen Jahres.« (Sächsische Staatskanzlei 2015a: 7) Dies waren beispielsweise 13,24 % für Leipzig im August 2015 (vgl. Sächsische Staatskanzlei 2015b: 7).

wird die Geschichte der Asylstrukturen in Leipzig aus Sicht des Sozialamts beschrieben: Die Unterbringung von Geflüchteten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erfolgte nach 1990 unter beträchtlichem »Zeitdruck« (Sozialamt Leipzig 2012: I/4). Dies lag einerseits an den neuen Gesetzgebungen, zum anderen aber auch am Wechsel der zuständigen Institutionen in der Asylverwaltung: In der DDR lag die Unterbringung und Versorgung der »ausländische[n] ›Vertragsarbeitnehmer‹ (vergleichbar den Gastarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland)<sup>5</sup> vor allem bei den »(Wirtschafts-)Betriebe[n]« bei denen sie angestellt waren (Sozialamt Leipzig 2012: I/4).<sup>6</sup> »Die »fehlenden Verwaltungsstrukturen wurden [...] parallel zu den ersten Zuweisungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen geschaffen.« (Sozialamt Leipzig 2012: I/4) Angesichts der beschriebenen infrastrukturellen Defizite lag in den Jahren nach 1990 aufgrund der steigenden Zuweisungszahlen das Hauptaugenmerk darauf, *überhaupt* Unterbringungsmöglichkeiten in Leipzig zu schaffen. Dies beinhaltete in den frühen 90ern auch Übergangslösungen wie Containersiedlungen, Bauwagen und ehemalige Wohnheime für Vertragsarbeitnehmer\*innen.

Blickt man auf die frühen Entwicklungen der Integrationspolitik der Stadt Leipzig, so ist hervorzuheben, dass die Stadt 1990 als »erste ostdeutsche Kommune [...] bereits im Mai 1990 auf Beschluss des Runden Tisches die Stelle eines Ausländerbeauftragten geschaffen und zu einer eigenständigen Verwaltungseinheit ausgebaut [hat]« (Philipps und Rink 2009: 406). Der Einfluss des Ausländerbeauftragten war beratend und vermittelnd (vgl. ebd.: 406). Ein zugrundeliegendes Integrationskonzept gab es bis 2012 jedoch nicht (vgl. Stadt Leipzig 2012).<sup>7</sup> Für die Gründung eines Migrantenbeirates fand sich im Stadtrat 2002 keine Mehrheit (vgl. ebd.: 405). Erst 2008 ermöglichte »eine breite interfraktionelle Zustimmung« (ebd.: 405) die spätere Gründung des Migrantenbeirats der Stadt Leipzig am 6.2.2009 (vgl. Stadt Leipzig 2018; vgl. Stadt Leipzig, Migrantenbeirat 2012: 2). In Kapitel 7.3

5 Diese Aussage ist vor allem für die Zeit bis in die 1970er Jahre in der BRD zutreffend.

6 Bade und Oltmer (2004) beschreiben im Gegensatz dazu, dass die Angelegenheiten der »ausländischen Werktätigen« durch »Bezirksbehörden der Volkspolizei« betreut wurden (vgl. § 9 Absatz 2 Gesetz über die Gewährung des Aufenthaltes für Ausländer in der Deutschen Demokratischen Republik). Dies bezieht sich vermutlich eher auf ordnungspolitische Aspekte, während die Aufgabe der Betriebe vermutlich alltagsbezogener war.

7 Das Fehlen eines Integrationskonzeptes wurde auch schon 2009 von Philipps und Rink angemerkt: »Ganz anders sieht es zum Beispiel in den beiden benachbarten Landeshauptstädten Dresden und Erfurt aus. Obwohl in beiden Städten der Ausländeranteil fast um die Hälfte geringer als in Leipzig ist, haben diese bereits Integrationskonzepte beschlossen und Ausländerbeiräte eingerichtet« (Philipps und Rink 2009: 405). Der Ausländerbeauftragte Leipzigs bewertete das fehlende Konzept aber nicht als »Hemmnis« (ebd.: 406), man habe auch schon viel ohne geschafft, so Stojan Gugutschkow (ebd.: 407). »Dazu bedürfe es vielmehr eines politischen Willens und der entsprechenden Ressourcen« (ebd.: 407).

beschreibe ich den weiteren Institutionalisierungsprozess des Migrantenbeirates ausführlich.

Diese Jahre nach den beschriebenen Verwaltungs- und Strukturumstellungen nach der Wende mündeten zunächst in eine sowohl auf der infrastrukturellen als auch auf der diskursiven Ebene vergleichsweise ruhigen Zeit in Bezug auf integrationspolitische Themen in der Stadt. Im Jahr 2003 existierten fünf Gemeinschaftsunterkünfte mit Plätzen für insgesamt 1300 Menschen. Aufgrund der sinkenden Zuweisungszahlen in Leipzig ab 2004 wurden diese Unterbringungskapazitäten nach und nach wieder abgebaut, sodass 2012 nur noch zwei der Gemeinschaftsunterkünfte in der Stadt existierten (vgl. Sozialamt Leipzig 2012: 5/I). Die Jahre mit sinkenden und niedrigen Zuweisungen von Asylsuchenden verliefen ohne weitere stadtumfassende, laute asylpolitische Diskurse in der Stadt, was jedoch nicht heißt, dass es keine rassistischen Übergriffe gab.<sup>8</sup>

Spätestens im Jahr 2012 entstanden erstmals wieder kritische Notsituationen in Bezug auf die Unterbringung von Asylsuchenden. Während die sinkenden Zuweisungszahlen einen stadtpolitischen Diskurswechsel hin zur Verbesserung der Qualität der Unterbringungsbedingungen bewirkten, erzeugten die seit 2009 steigenden Zuweisungszahlen zunehmenden Druck auf das System der Unterbringung. Die Verwaltungsstrukturen waren nicht parallel zu den Zuweisungszahlen mitgewachsen. Daraus resultierte die hier sich erstmals deutlich abzeichnende Überforderungssituation bei städtischen und in der Konsequenz auch bei nicht-städtischen Asylstrukturen der Unterbringung und Unterstützung. Das Jahr 2012 stellt in dieser Hinsicht einen Wendepunkt in Leipzigs asylpolitischer Geschichte dar. Rückblickend beschreibt Sozialamtsleiterin Kador-Probst:

»2012 hat ja noch niemand von der sogenannten Flüchtlingskrise gesprochen, alle sprechen von 2015. Ich sag mal, die Not war aber ab 2012. Muss man wirklich sagen. Wo wir immer wieder auch kurzfristig überlegen mussten: ›Wo bringen wir die Leute jetzt unter?‹« (Interview Martina Kador-Probst 19.12.2019)

Das Jahr 2012 ist aus heutiger Sicht ein bedeutsamer Referenzpunkt nicht nur des Beginns einer Krise, sondern auch eines Policy-Wechsels und sich intensivierender asylpolitischer Diskurse in der Stadt. Diese Entwicklungen kristallisierten sich am dezentralen Unterbringungskonzept der Stadt. Dieses wurde 2010 initiiert und

---

<sup>8</sup> So wurde beispielsweise Kamal K. im Jahr 2010 von Neonazis ermordet. Graffitis in der Stadt erinnern regelmäßig an das Verbrechen sowie eine Gedenktafel, die in der Vergangenheit schon mehrfach mutwillig zerstört und mithilfe von Spendengeldern wieder restauriert wurde (vgl. Puppe 2018). Seit dem 20. Mai 2009 erscheint regelmäßig eine aktuelle Broschüre namens »Leipziger Zustände« des Projekts chronik.LE. Diese »bietet einen Überblick zu den Themen Diskriminierung und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« und dokumentiert Vorfälle in Leipzig und im Umland (chronik.LE 2009).

dann zwei Jahre lang in den entsprechenden Arbeitsgruppen diskutiert, bevor es am 12. Mai 2012 in der Ratsversammlung verabschiedet und in der Folge öffentlich gemacht wurde. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung existierte eine andere politische und gesellschaftliche Situation als 2010 beim Beschluss der Erarbeitung des Unterbringungskonzeptes. Als der Leipziger Stadtrat im Jahr 2010 die Erarbeitung des Unterbringungskonzeptes beschloss, lebten mehr als die Hälfte der Asylsuchenden nicht in einer der zwei Gemeinschaftsunterkünfte, sondern in Mietwohnungen, also *dezentral* (vgl. Stadt Leipzig 2012: I/11). Dieser Schritt kann als eine Art öffentliches und politisches Bekenntnis zur gängigen Praxis, die sich nach Jahren der Massenunterbringung in den 1990ern bereits etabliert hatte, verstanden werden (vgl. Hinger und Schäfer 2019: 70; vgl. Sozialamt Leipzig 2012: I/5).<sup>9</sup> Im nationalen Vergleich sticht Leipzig mit dem Vorhaben, ein dezentrales Unterbringungskonzept zu erarbeiten, zu dieser Zeit in Deutschland hervor. Nur wenige andere Städte (Osnabrück, Leverkusen) verfolgten zu diesem Zeitpunkt einen solchen Ansatz (vgl. Hinger und Schäfer 2019: 63f.).

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Unterbringungskonzeptes (Mai 2012) waren die vorhandenen städtischen sowie die zusätzlichen, auf ehrenamtlicher Arbeit basierenden, Unterbringungs- und Versorgungsstrukturen jedoch schon überlastet. Die Pläne zur Umsetzung der Dezentralisierung in Leipzig wurden daher zwiespältig aufgenommen: Neben denen, die dieses Vorgehen der Stadt begrüßten und auch lange dafür gekämpft hatten, wurden auch Stimmen gegen die vermehrte Unterbringung überall verteilt in der Stadt laut. Das Unterbringungskonzept sah die Einrichtung von sieben neuen kleineren Unterkünften in der Stadt vor, um zu erreichen, dass die als »menschenunwürdig« deklarierte Gemeinschaftsunterkunft (GU) »Torgauer Straße« geschlossen werden könne (vgl. Sozialamt Leipzig

---

9 In den meisten Fällen handelt es sich um Familien, die einen eigenen Wohnraum zugesprochen bekommen. »Durch Erlass des SMI [Staatsministerium des Inneren, Anm. der Autorin] ist geregelt, in welchen Fallkonstellationen eine dezentrale Unterbringung erfolgen soll: in Betracht kommen medizinische Indikationen oder humanitäre Gründe (...)« (Sozialamt Leipzig 2012: I/6). Was genau »humanitäre Gründe« sind, wurde für Leipzig »in Zusammenarbeit von Leipziger Flüchtlingsorganisationen, dem Referat Migration und Integration und dem Sozialamt« in einem »Kriterienkatalog« definiert (vgl. ebd.: I/11ff). »Auf seiner Grundlage konnte bei Erfüllung eines oder mehrerer Kriterien eine dezentrale Unterbringung erfolgen« (ebd.: I/12). Privatheit, Platz und Sicherheit, sowie die bessere Anbindung an Bildungsinstitutionen sprechen beispielsweise für die Unterbringung von Familien in Wohnhäusern statt in Unterkünften. In Leipzig lebten im Jahre 2012 60 % aller Asylsuchenden in eigenen Wohnungen und 95 % der in Familienverbänden lebenden Personen (vgl. Sozialamt Leipzig 2012: I/11). Im Vergleich war die Quote für ganz Sachsen 2013 erheblich niedriger. Sie lag bei 34,2 % und war damit im bundesdeutschen Vergleich die dritt niedrigste Quote dezentraler Unterbringung vor Brandenburg und Baden-Württemberg (Wendel 2014: 69). Im Januar 2015 waren es 47 % der Asylsuchenden (vgl. Sächsische Staatskanzlei 2015a: 12).

2012: II/2).<sup>10</sup> Die Adressen dieser anvisierten zukünftigen kleineren GU's wurden im Unterbringungskonzept veröffentlicht und die betreffenden Nachbarschaften zu Informationsveranstaltungen eingeladen. Während es vor 2012 wenig bewohnte Nachbarschaften zu den Unterkünften gab, vergrößerte sich nun der Kreis der Anwohnenden zukünftiger Asylsuchender in Leipzig. Damit erhöhte sich die Sichtbarkeit der asylpolitischen Infrastrukturen im städtischen Raum. Zeitgleich intensivierte sich die Rezeptionsfläche von nationalen Diskursen und Narrativen mit Bezug zu asylpolitischen Themen im Kontext lokaler Ereignisse, wie ich im folgenden Abschnitt verdeutlichen werde. Erstmals nach den frühen 90er Jahren gab es in Leipzig wieder »neue rassistische Mobilisierungen« gegen Unterkünfte für Asylsuchende (chronik.LE 2018: 9). Von da an existierte auch in Leipzig eine Spannung, die sich, wie ich im Folgenden zeige, beständig weiter aufbaute. Dieses Aufheizen der Stimmung baute sich langsam und kontinuierlich auf. Einen quantitativen Hinweis gibt die wachsende Anzahl von Artikeln zu Asylthemen in der Tageszeitung LVZ.<sup>11</sup>

*Tabelle 1: Anzahl der Online-Artikel in der LVZ zum Suchbegriff »Flüchtlings«*

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Anzahl Artikel	1	7	6	47	76	150

Quelle: LVZ-online

Die wachsende Anzahl von Artikeln zum Suchbegriff »Flüchtlings« verläuft parallel zu den asylpolitischen Entwicklungen in Leipzig, auf die ich im nächsten Abschnitt eingehe.

- 
- <sup>10</sup> Die Gemeinschaftsunterkunft in der Torgauer Straße ist eine Unterkunft am Rande der Stadt, in der bis zu 300 Menschen untergebracht werden können. Aufgrund der Lebensbedingungen vor Ort (Kakerlaken, Schimmel, Ortsrandlage) hatte insbesondere eine Initiative immer wieder die Schließung gefordert. Im Juli 2012 hatte sich Oberbürgermeister (OBM) Burkhard Jung öffentlich dazu geäußert: »Die Torgauer Straße ist menschenunwürdig. Sie wird zugeschlagen. Definitiv!« (LVZ 2013).
- <sup>11</sup> Die LVZ ist die einzige Print-Tageszeitung in Leipzig und erscheint wochentäglich sowie einmal am Wochenende. Die gedruckten Artikel erscheinen in der Regel nach einigen Tagen auch online. Ich habe stellvertretend den Begriff »Flüchtlings« in der Online-Ausgabe der Leipziger Volkszeitung (LVZ) gesucht und die Anzahl der Treffer in der Tabelle dargestellt. Dabei bezog ich jede Form der Berichterstattung zum Thema ein. Die genannten Treffer beziehen sich auf Ereignisse überall in Sachsen. Das habe ich so entschieden, weil auch die Informationen zu Asylsuchenden in anderen sächsischen Gebieten zur Wahrnehmung eines bestimmten Zustandes der Asylsituation in Leipzig als Teil von Sachsen beiträgt.

### 2.1.3 Asylpolitische Diskurse in der Nachbarschaft im Kontext nationaler Diskurse

Während sich vorher nur ein kleiner Kreis von Menschen für die Lebensbedingungen Asylsuchender in Leipzig engagierte, wuchs die Zahl involvierter Akteur\*innen mit der Zahl der Zuweisungen an. Das Engagement für und gegen Geflüchtete kristallisierte sich jedoch nicht nur im Kontext der Einrichtung von Unterkünften, sondern auch am Konflikt um den geplanten Moscheebau der Ahmadiyya-Gemeinde,<sup>12</sup> der im November 2013 öffentlich bekanntgegeben wurde (vgl. Köhler und Hegazy 2015: 184). Diese Entwicklungen spiegeln auch die Rezeption von Diskursen und Narrativen gegenüber »dem Islam« oder »Flüchtlingen« wider, die auf anderen gesellschaftlichen Ebenen stattfinden. Diese Diskurse werden in der Stadt adaptiert, interpretiert und so auf die Ebene der Nachbarschaft, des Viertels und somit der materiellen Lebensbereiche der Menschen übertragen.

Der Moschee-Bau findet in einem zeitlichen Kontext sich aufheizender nationaler Identitäts-Diskurse um »Leitkultur« (vgl. Stoop 2012: 36), um »Parallelgesellschaften« (vgl. Yıldız 2013: 17f.), Angst vor Überfremdung etc. statt. Seit 2006 wurde die Debatte um die Stellung des Islam in Deutschland explizit. In diesem Jahr sagte Wolfgang Schäuble auf der Eröffnung der ersten Deutschen Islam Konferenz, der Islam gehöre zu Deutschland.<sup>13</sup> Der Diskurs um die »Frage der Zugehörigkeit« (Heckmann 2017: 5) endete damit aber nicht. Ob Zugewanderte zu Deutschland gehören wird unaufhörlich in Frage gestellt,<sup>14</sup> während gleichzeitig Gegendiskurse versucht werden zu implementieren, wie durch Schäuble auf der Islamkonferenz oder auch durch die Policy der *Willkommenskultur*, die in der Folge immer wieder unterschiedlich mit Inhalten gefüllt wurde.<sup>15</sup> Allerdings bezogen sich deren

12 Ein Kurzportrait der Gemeinde haben Köhler und Hegazy (2015: 182ff.) zusammengestellt. Die Leipziger Gemeinde wurde 1992 von »50 Personen, die vornehmlich Asylbewerber\*innen aus Pakistan waren« gegründet (ebd.: 184). Die Gemeinde trifft sich regelmäßig in Privaträumen der Mitglieder oder in den »Geschäftsräumen des Gemeindepräsidenten« da sie »bis jetzt keine eigene Moschee nutzen« kann (ebd.: 182ff.).

13 Der Kulturwissenschaftler Fabian Engler zeigt auf, dass die »Teilwerdung« des Islams selbst im fortlaufenden Dialog« auch in dieser nun institutionalisierten Form der Deutschen Islam Konferenz »allerdings stets als unabgeschlossen« gelten wird (Engler 2020: 7).

14 Islamfeindliche Debatten bekamen zum Beispiel auch durch Thilo Sarrazins umstrittenen Bestseller-Erfolg von 2010 »Deutschland schafft sich ab« eine Plattform.

15 Diesem Umstand, den Heckmann als »sinnvolle[...] Unschärfe« bezeichnet (2017: 2) verdankt der Begriff der *Willkommenskultur* eine vielfältige Benutzung, sowohl auf der »Ebene interpersonaler Beziehungen (ebd.: 2)« und auf der »gesamtgesellschaftlichen Ebene« (ebd.: 5) auf der – und das war neu – eine Offenheit nicht nur von Zuwandernden, sondern auch seitens der aufnehmenden Gesellschaft gefordert wurde, als auch auf der »Ebene der Organisationen« (ebd.: 3) der sogenannten interkulturellen Öffnung, beispielsweise von Schnittstellen wie Ausländerbehörden.

Maßnahmen angesichts des Fachkräftemangels in Deutschland vor allem auf gut ausgebildete Migrant\*innen, was auch anhand der institutionellen Öffnung der Schnittstellen für ebendiese Menschen deutlich wurde (vgl. Adamitz 2013). Naika Foroutan (2020) bezeichnet diese Kategorisierung als »Utilitaritäts-Narrativ«, das Migrant\*innen anhand ihrer Nützlichkeit für die deutsche Gesellschaft bewertet und das 2015/2016 auch explizit in Bezug auf Geflüchtete zu beobachten war.

Als nun die Ahmadiyya-Gemeinde Ende 2013 den Bau einer Moschee für ihre 70 Gemeindemitglieder plante, existierte die Gemeinde schon seit 1992 in Leipzig (vgl. Köhler und Hegazy 2015: 184). Erst jetzt aber wurde sie sichtbar, für manche in unmittelbarer Nachbarschaft und dieses Ereignis war nichts, was in der ostdeutschen Gesellschaft zur Alltäglichkeit gehörte. »Dieses Vorhaben stellt – abgesehen von Berlin – das erste Neubauprojekt einer Moschee im Osten Deutschlands dar.« (ebd.: 184) Erst jetzt vermischten sich die oben beschriebenen über-lokalen Diskurse mit etwas materiellem vor Ort und es begann ein Prozess der Positionierung gegenüber diesen Ereignissen. Für Leipzig hieß das, dass sich in der Folge Bürgerinitiativen für und gegen den Moscheebau bildeten sowie Petitionen dafür und dagegen (vgl. ausführlich dazu ebd.: 184f.). Als auf dem Gelände des geplanten Neubaus aufgespießte Schweineköpfe<sup>16</sup> auftauchten, titelte die LVZ: »Blutige Schweineköpfe auf Leipziger Moschee-Areal: OBM entsetzt, Ahmadiyya unbeeindruckt.« (LVZ 15.11.13; vgl. auch Köhler und Hegazy 2015: 185) Im LVZ-Artikel heißt es, der Ahmadiyya-Bundesvorsitzende Wagishauser kenne »Provokationen [...] bereits von Projekten aus Westdeutschland. ›Da wurden auch schon Kreuze aufgestellt, das war noch hanebüchener‹, so Wagishauser« (LVZ 15.11.13). Das Entsetzen und die Überraschung der Leipziger Politiker\*innen wird in diesem Zeitungsartikel in einen Kontrast zu den Erfahrungen des Ahmadiyya-Bundesvorsitzenden Wagishauser gestellt. Dieser ist nicht so überrascht und führt die Erfahrungen, die Gemeinden aus Westdeutschland gemacht haben, als Grund dafür an. In gewissem Sinne spiegelt diese Darstellung des Erschrocken-Seins über islamfeindliche Handlungen gegenüber dem betont erfahrenen Umgang damit die Erkenntnis der Autor\*innen Köhler und Hegazy wider, dass Leipzigs selbststatteierte »Toleranz für Muslima und Muslime« nicht zur »Realität« derselben in Leipzig passe (2015: 1ff.). Die Autorinnen stellen dar, wie die »Selbstwahrnehmung« (ebd.: 1) der Stadt Leipzig, wie sie im »Report Daten und Fakten zur Präsenz von Musliminnen und Muslimen in Leipzig« (Stadt Leipzig, Referat für Migration und Integration 2014) dargestellt werde, nämlich als weltoffen und plural,<sup>17</sup> den Aussagen der von ihnen interviewten

<sup>16</sup> Bei der Recherche zum Schweinekopf-Anschlag fiel mir auf, dass es offensichtlich in ganz Deutschland immer wieder solche Schweinekopfanschläge im Kontext islamfeindlicher Angriffe gibt.

<sup>17</sup> »Als jahrhundertealter Messe- und Handelsplatz verfügt Leipzig über eine lange Tradition der Weltoffenheit und Pluralität.« (Stadt Leipzig, Referat für Migration und Integration 2014).

Muslim\*innen über Rassismus-Erfahrungen in Leipzig entgegenstehen (vgl. Köhler und Hegazy 2015: 1). Diese Ambivalenz von andauernden Diskriminierungserfahrungen, zunehmenden rassistischen Vorfällen und einer gleichzeitig proklamierten politischen Weltoffenheits-, Toleranz- und Willkommens-Haltung spiegelt sich in den ambivalenten Diskursen um *Willkommenskultur* auf überlokalen politischen Ebenen wider. In Leipzig wurde der Diskurs um den Bau der Moschee zu einem zentralen Moment, in dem *globale*, im Sinne von *externen* kulturellen, in diesem Falle religiösen, Elementen *scheinbar* von außen in die Lokalität »eindrangen«.<sup>18</sup> *Scheinbar*, weil die Ahmadiyya-Gemeinde schon länger in Leipzig praktizierte, nun aber durch ihr Wachstum einen größeren gemeinsamen Raum benötigte.

Wie Chris Shore und Susan Wright in »Policy Worlds« aufzeigen, »wandern« Policies durch die Akteur\*innen auf und zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen (vgl. 2011: 7). Dies bedeutet für die zu untersuchenden Integrationspolicies, dass diese in ihrer Gesamtheit, in ihrer praktischen Streuung über alle gesellschaftlichen Ebenen (vgl. DeLanda 2016: 16f.), keine eindeutige Autorschaft besitzen, auch wenn es Anlässe und Urheber\*innen, quasi eine Biografie der Diskurse gibt (vgl. Shore und Wright 2011: 8). Dies wird auch durch den Vergleich mit den Moschee-Debatten in Duisburg und Köln deutlich, die David C. Stoop untersucht hat (2012). Ein Unterschied zur Reproduktion des Diskurses in diesen von ihm untersuchten Städten besteht darin, dass in Leipzig *keine* nachhaltig starke Vernetzung zwischen einer nun stärker politisierten Bevölkerung und einer muslimischen Community stattgefunden hat (vgl. Stoop 2012: 46). Es sind zwar Netzwerke mit der Gemeinde entstanden, diese haben sich jedoch in der weiteren Entwicklung der Engagementbewegung in Leipzig nicht so stark verfestigt, wie die antirassistischen Strukturen, die im Kontext der Moschee-Debatte entstanden oder reproduziert worden sind. Dies hängt damit zusammen, dass Leipzig in Bezug auf die Bevölkerungsstruktur und bestehende Organisationsformen ganz anders zusammengesetzt ist. Es gibt beispielsweise nur sehr wenige Migrant\*innenselbstorganisationen (MSO), dafür hingegen zunehmend breiter werdende antirassistische Bündnisse. Dies hängt damit zusammen, dass sich diese Netzwerke im Kontext vergangener Ereignisse entwickelt haben und in Leipzig, wie ich gezeigt habe, antirassistisches Handeln seit den frühen 1990er Jahren fester Bestandteil auch zivilgesellschaftlicher Aktivitäten ist. Die Effekte der stärkeren Partizipation, der größeren Sichtbarkeit von muslimischen Gemeinden und dem wachsenden »wish

---

18 »Der verstärkte Zufluss externer kultureller Elemente stellt dabei eine gewisse Relativierung der eigenen Kultur und Identität dar – eine Relativierung, welche von der lokalen Bevölkerung auch als bedrohend empfunden werden kann und Angst vor der Erosion der eigenen Kultur auslösen kann.« (Harmsen 1999: 82) Dies ist ein Erklärungsmuster für die »enge Verknüpfung der zunehmenden Globalisierung mit dieser Betonung und Stärkung des Lokalen und lokaler kultureller Traditionen« (ebd.: 82).

of local residents to decide about matters of public interest in their neighbourhood» (Stoop 2012: 36) «haben dadurch in den drei Städten (Leipzig, Duisburg und Köln; vgl. Stoop 2012) jeweils unterschiedliche Anknüpfungspunkte gehabt.

Neben der Moscheebau-Debatte ist auch die Nutzung eines ehemaligen Schulgebäudes als Notunterkunft für Geflüchtete ein zentrales Mobilisierungseignis in der Stadt gewesen. Ebenfalls im November 2013 wurde bekannt, dass in einem nicht genutzten Schulgebäude direkt neben einem benutzten Schulgebäude in Leipzig-Schönefeld als Übergangslösung Asylsuchende untergebracht werden. Dies war die erste Notunterbringung von Asylsuchenden in Leipzig. Es bildeten sich Unterstützungsgruppen im Umkreis der Notunterkunft, insbesondere stand dabei der Schutz und die Unterstützung der Menschen in der Unterkunft im Vordergrund, als asylkritische Demonstrierende Fackelmärsche vor der Unterkunft organisierten und die rechte Mobilisierung Aufwind bekam. Hier versuchte die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) insbesondere die Nachbarschaft zu aktivieren. Neonazis waren zu dieser Zeit wieder verstärkt aktiv (chronik.LE 2014: 13). Auf Informationsveranstaltungen zur Unterbringung wurden Vertreter\*innen des Sozialamts beschimpft (vgl. Veyder-Malberg 2014a; 2014b) Auf Bürgerforen, Informationsveranstaltungen, in Internetforen, auf Demonstrationen, oder zum Beispiel auch in Ratsversammlungen gab es eine öffentliche kritische Auseinandersetzung mit dem Handeln der städtischen Stellvertretung.

2014 wurde dennoch der Einfluss der NPD in Leipzig und Sachsen schwächer. Die Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) fand hingegen mehr und mehr Anhänger\*innen (vgl. Ergebnisse der Stadtratswahl 2014), wodurch Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie zunehmend öffentliche und politische Artikulationsmöglichkeiten auch für Menschen außerhalb des offen rechtsextremen Spektrums fanden. Durch das Erstarken der AfD wurden rechte Meinungsäußerungen salonfähig gemacht und erhielten mit der Stadtratswahl 2014 ein neues stadtpolitisches Forum, das in den kommenden Jahren auch auf Landesebene noch vergrößert wurde. Wie in den 90er Jahren deckte sich der Aufwind rechter Strukturen zeitlich mit einer Situation, in der die Zuweisungszahlen stiegen und die Unterbringung mediales Interesse auf sich zog, auch weil die Verwaltung dessen schwierig war. Berichte über Kommunen, die das erste Mal überhaupt Geflüchtete unterbringen (Hoyerswerda, Oschatz; vgl. LVZ 30.1.14; vgl. LVZ 11.8.14)<sup>19</sup> und Kommunen, die Schwierigkeiten mit der mit der »Vielzahl von Flüchtlingen« haben (LVZ 18.9.14) zeigen, dass

---

19 Bei den LVZ-Artikeln sowie weiteren Online-Quellen, die im Zusammenhang mit der chronologischen Darstellung in diesem Kapitel stehen, habe ich statt des Jahres das genaue Datum der Veröffentlichung angegeben. Grund dafür ist die gewünschte genaue Darstellung der Ereignisse innerhalb eines Jahres. Durch die Aufzählung mithilfe des Datums können Chronologie und Abfolge der Ereignisse besser sichtbar gemacht werden.

die Herausforderungen der Unterbringung im Zentrum der Berichterstattung lagen.<sup>20</sup> In ganz Deutschland entstanden neue Unterkünfte und Notunterkünfte, es gab Demonstrationen vor Unterkünften und Brandanschläge auf Unterkünfte. Statistiken belegen einen deutlichen Anstieg dieser Angriffe deutschlandweit, wobei in Sachsen mit Abstand die meisten Angriffe registriert wurden (vgl. Canan et al. 2018: 27).

Am 12. Januar 2015 fand die erste *Legida*-Demo, als Ableger der in Dresden entstandenen *Pegida*-Bewegung mit rund 3000 Demonstrierenden und 30.000-35.000 Gegendemonstrierenden statt (die Angaben schwanken; vgl. Bangel 2015; vgl. chronik.LE 2018: 11). Während in Leipzig die Gegenproteste eindeutig in der Überzahl sind, bildet *Legida* vor allem im Leipziger Umland (vgl. chronik.LE 2019: 11) den »Resonanzboden des sich verschärfenden gesellschaftlichen Klimas« (ebd.: 12).

Diese Ausführungen vermitteln einen Eindruck davon, wie sich das gesellschaftliche Klima in Bezug auf asylpolitische Themen spürbar in Leipzig über die letzten Jahre verändert hat. Sowohl der Raum asylpolitischer Infrastrukturen als auch der Kreis asylpolitischer Akteur\*innen vergrößerte und differenzierte sich durch die Anlassbezogenheit, mit der Freiwillige ihr Engagement beginnen. Es entstanden mehr und mehr Initiativen, Vereine oder Aktionen, die im Bereich der Unterstützung Asylsuchender anzusiedeln sind, die aber aufgrund der Ereignisse in Leipzig eine deutlich antirassistische Organisations- und Engagementbiografie haben. Die Unterschiede zwischen Leipzig und dem Umland manifestieren sich einmal mehr in einem Leipziger antirassistischen Selbstbewusstsein, das gleichzeitig mit dem Bild der »Bürgerstadt Leipzig« eine weniger aktivistische und eher zivilgesellschaftliche Rezeptionsfläche innerhalb der Stadtgesellschaft innehält.

## 2.2 Öffnung des asylpolitischen Feldes vor 2015

Ich habe beschrieben, dass das asylpolitische Feld, beispielsweise in Bezug auf die Unterbringung von Geflüchteten in Leipzig, zunächst räumlich isoliert war, nun jedoch zunehmend in das Sichtfeld und damit in die Wahrnehmung rückte, was ambivalente Reaktionen in der Bevölkerung auslöste. Durch diese räumlichen Öffnungen und Annäherungen wurde auch der Diskurs gesellschaftlich breiter und

<sup>20</sup> Ein weiteres Thema ist die hohe Nachfrage an Deutsch- und »Integrationskursen« überall in Sachsen (z.B. LVZ 2.2.14). Diese steigenden Zuweisungszahlen hatten auch die Entscheidung vom 23.06.2014 zur Konsequenz, dass die Torgauer Straße nun saniert werde, um weiterhin Asylsuchende darin unterbringen zu können. OBM Jung kündigte in einer Pressekonferenz an, dass man angesichts der Zuweisungszahlen nicht mehr ohne Massenunterkünfte auskäme (LVZ 23.06.14). Auch die Unterbringung in Wohncontainern sei im Gespräch (LVZ 17.09.14).

betraf komplexere gesellschaftliche Aspekte. Die Themen Asyl und Integration beschäftigten mehr Menschen, die sich nicht explizit und aktiv dafür interessierten. Beispielsweise wurden sie zu „Nachbar\*innen von Geflüchteten, oder das Gebäude neben der Schule ihrer Kinder wurde zu einer Notunterkunft umfunktioniert. Im weiteren Verlauf beschäftigte ich mich nun mit der Frage nach den Prozessen der Öffnung: Wie genau ›öffnet‹ sich das asylpolitische Feld? Sind die Öffnungen intendiert, werden die neuen Akteur\*innen eingeladen oder erkämpfen sie sich ihre Position? Was bedeutet das für das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Stadt (Staat)?

Ich sprach am 19.12.2019 mit der Sozialamtsleiterin Martina Kador-Probst im Interview über diese Veränderungen in Leipzig. Aus ihrer Perspektive hatte das Sozialamt bis »2011/2012« »alles selbst in der Hand«, womit sie meinte, dass alle »Angebote« für Geflüchtete in den Unterkünften konzentriert und an die Träger angebunden stattfanden. Den zunehmenden Kontrollverlust durch das Entstehen weiterer Angebote anzunehmen, beschrieb sie als »Lernprozess«. In ihrer Erzählung erwähnte sie zunächst diese Erfahrung, den Entwicklungen außerhalb der städtischen Verwaltungsstrukturen nur zuschauen zu können. In einem zweiten Schritt legitimierte sie die Entscheidung, diesen Entwicklungen Raum zu geben mit der Konstitution der »Struktur der Sozialsysteme«:

»Da gab es viele Träger, die sich da auf den Weg gemacht haben. Das war für uns ein Stück weit eine Lernerfahrung, da wir bis 2011/2012 als Sozialamt im Grunde alles selbst in der Hand hatten und nur diese beiden Träger [für soziale Betreuung in den Unterkünften] mit denen wir zusammen gearbeitet haben. Ich will nichts sagen, dass woanders gar nichts stattgefunden hat, aber das war rudimentär. Und dann haben wir festgestellt, dass Angebote entstehen, von denen wir nichts wussten, wo auch Doppelstrukturen entstanden sind, wo wir am Anfang immer noch dachten, wir müssten da mitsteuern, wir müssten uns da mit reinbegeben, wir müssten in Kontakt treten mit den Trägern, wir müssten das sozusagen alles nebeneinanderlegen und gucken, was ist jetzt richtig, was ist nicht richtig, was braucht's, was braucht's nicht? Da haben wir tatsächlich die Erfahrung gemacht, dass wir das zum einen nicht geschafft haben und ich irgendwann auch festgestellt habe: Das braucht's auch nicht. Weil, wenn man jetzt mal von der Struktur der Sozialsysteme ausgeht und den Ansätzen der Sozialen Arbeit muss ja der Staat, hier in diesem Falle die Stadt, immer nur dann eintreten, wenn es die Betroffenen selbst oder die Zivilgesellschaft anders nicht schafft. [Ich sage: ›Subsidiarität.‹] Genau! Aber das war für uns auch ein Lernprozess [...]. Irgendwann habe ich gesagt: Dann ist das gut so, da freuen wir uns jetzt drüber [über die Angebote, die überall entstehen].« (Interview Martina Kador-Probst 19.12.2019)

Wie die Ausführungen von Kador-Probst aufzeigen, gab es kein vorher geplantes Ziel in der Vervielfachung der asylpolitischen Akteur\*innen, sondern es stellte eine

Möglichkeit dar, der gegebenen Situation zu entsprechen. In der Darstellung von Kador-Probst erscheint es wie eine nachträglich einladende Haltung der Stadt und ein Annehmen dessen, was ohne ihr Zutun passiert ist. Daraus ergab sich ein politisches Handlungsfeld für nicht-städtische (im Sinne von: nicht als direkte Vertretung der Stadtverwaltung agierende) Akteur\*innen, welches einerseits durch die Akteur\*innen eingenommen wurde, andererseits aber auch von Seiten der Stadt offengelassen wurde. Über das Verhalten der Stadtverwaltung kann man daraus schlussfolgern, dass städtisches, im weitesten Sinne staatliches Handeln auch von Improvisation geprägt sein kann (vgl. Farias 2014). Handlungsstrategien müssen nicht geplant sein. Die Offenheit gegenüber gegenwärtigen Entwicklungen und Wandel erscheint hier als eine auf die Gegebenheiten reagierende Strategie. Dies wurde 2015 zunehmend deutlicher, wie im weiteren Verlauf des Kapitels aufgezeigt wird. Das Handeln des Sozialamts ergibt sich schon im Jahr 2012 eher aus einer Überforderung und Handlungsunfähigkeit heraus, als dass bewusst neue politische Räume oder Regierungstechniken konstruiert wurden. Auf das Subsidiaritätsprinzip wird sich im Feld jedoch selten explizit bezogen.<sup>21</sup> In bestimmten Grenzen scheint es aber gesellschaftlich legitimiert zu sein, ohne dass darüber geredet wird. Im Jahr 2015 entstand eine Situation, in der dieses Einspringen nicht-städtisch initierter Organisationen in Frage gestellt wurde. Die Einbettung und Aufgabe übergeordneter und untergeordneter Ebenen wurde neu verhandelt (vgl. Kapitel 4.1.1.2.). Ich zeige auf, wie die Grundgedanken des Subsidiaritätsprinzips jedoch als verinnerlichte Denkstrukturen argumentativ angeführt wurden, ohne dass dieses Prinzip dabei erwähnt oder darauf angespielt wird (vgl. Kapitel 4.3.2.).

Dies differenziert zu betrachten ist relevant, weil es Erkenntnisse über die Art der Beziehung von Zivilgesellschaft und administrativer Asylverwaltung vermitteln kann (Zandbergen und Jaffe 2014: 7). Als ersten analytischen Schritt vergleiche ich das Vorgehen im Feld mit der Unterscheidung in »invited« und »negotiated spaces«, die Martijn Koster und Yves van Leynseele (2018) in ihrer Analyse der Agency von Schlüsselzirkeln (Broker) in politischen Feldern vornehmen (2018: 809). Diese Unterscheidung zielt darauf ab, Prozessrichtungen zu beschreiben. Bewegen sich die Akteur\*innen in für sie geöffneten Feldern (»invited spaces«) oder verhandeln bzw. erkämpfen sie sich ihr Handeln in diesen Feldern (»negotiated spaces«)? In der Praxis lässt sich der Kontrast zum Beispiel in Amins und Heinz' Beschreibungen der Situation von Freiwilligen in der Zeit Anfang der 1990er Jahre erkennen: Damals bewegte sich ihr Engagement nicht im Rahmen von Willkommensdiskursen und Weltoffenheits-Proklamationen. Ein wesentliches Ziel ihrer Aktivitäten war es daher, *überhaupt* den Raum für ihr Handeln und für das öffentliche Bewusstsein der

21 Nur die Leitungsperson eines Trägers mehrerer Unterkünfte hat von sich aus über das »Subsidiaritätsprinzip« gesprochen. Außer ihr hat nur Kador-Probst, wie oben im Zitat ersichtlich, darüber gesprochen.

Situation von Geflüchteten zu erkämpfen. Sie agierten eher in »negotiated spaces«. Diese entwickeln sich um »local needs and aspirations«, in denen die zentralen Figuren als Mobilisierende und als Vermittelnde dieser Bedürfnisse auftauchen (ebd.: 809). Die Äußerungen der Sozialamtsleiterin machen deutlich, dass nicht-städtische Akteur\*innen sich zunehmend aktiv an der Gestaltung asylpolitischer Felder beteiligten, ohne den Raum dafür erkämpfen zu müssen. Sie füllten eine sich auftuende institutionelle Lücke. Folglich wurden sie in einem Rahmen, der eher »invited spaces« ähnelt, zu einem konstituierenden Teil asylpolitischer Policies in Leipzigs (vgl. Jaffe 2018: 1099). Gleichzeitig wurden diese entstehenden Unterstützungsstrukturen nicht von der Stadt initiiert oder unterstützt<sup>22</sup> im Sinne von speziellen Policies, Förderinstrumenten, oder durch Aufforderungen verbaler Art. Sie entstanden vielmehr aus der Zivilgesellschaft heraus, weil sichtbar wurde, dass städtische Strukturen überfordert waren.

An dieser Stelle setzt ein Prozess an, um den es im weiteren Verlauf der Arbeit immer wieder gehen wird: Verschiedene Träger übernehmen die anfallenden Aufgaben im Bereich der Aufnahme und Versorgung Geflüchteter und bringen *ihre* eigenen Netzwerke, *ihre* Freiwilligen, *ihre* Expertise und Erfahrungen ein ins asylpolitische Feld. Dies geschieht, je nach Aufgabe, teilweise durch Übertragung der Aufgaben durch die Stadt, aber auch unabhängig von der Stadtverwaltung. Im gleichen Maße, wie involvierte Netzwerke wachsen, setzt sich die Überlagerung mehrerer gesellschaftlicher Felder und damit einhergehend die Ent-Spezialisierung des asylpolitischen Feldes fort.

Durch die bisherigen empirischen Beschreibungen wird deutlich, dass sich mein Forschungsfeld schon vor Beginn meiner Feldforschung, partiell von *dem* politischen Feld, das Bourdieu konzipierte, wegentwickelte. Dieser beschrieb in erster Linie »Abschottungseffekt[e]« als die Prozesse, die Felder zu ihrer Reproduktion betreiben (Bourdieu 2001: 47; vgl. Kapitel 1.3.1). Bourdieus Grundgedanke ist, dass sich das politische Feld mehr und mehr professionalisiert, weil sich die »Professionellen« durch bestimmte Legitimierungs-Strategien bewusst von »Laien« (ebd.: 47) abschotten. Er betrachtet »Professionelle« daher als die, welche die im Feld relevanten »Sicht- und Teilungsprinzipien« (ebd.: 21) maßgeblich bestimmen und die durch diese legitimiert werden (vgl. ebd.: 70). Diese Beschreibungen lassen wenig Raum für externe Einflussfaktoren, da das politische Feld als sich selbst reproduzierend betrachtet wird. Schon die bisherigen empirischen Erkenntnisse für mein Forschungsfeld zeigen, dass hier andere, teils sogar gegenläufige, Prozesse stattgefunden haben. Ich lese Bourdieus Studie zum politischen Feld so, dass er sich vorrangig auf überkommunale Politikfelder bezieht. Seine Beschreibungen lassen sich zumindest dort heute besser nachvollziehen und auch Ähnlichkeiten können

---

<sup>22</sup> Es ist an dieser Stelle schwer zu überprüfen, ob die Stadt die vorher bestehenden Initiativen und Organisationen nicht ›gesehen‹ hat.

hier auf dieser Ebene entdeckt werden. Auf kommunaler Ebene hingegen entwickelt sich der (in diesem Fall asyl-)politische Raum gerade *nicht* in Form eines *Abschottungsprozesses*, sondern durch einen *Öffnungsprozess*.

## 2.3 Der Beginn der Engagementbewegung in Leipzig 2015

Im Sommer 2015 bewirkten spontane Zuweisungen von mehreren hundert Geflüchteten nach Leipzig eine Situation, die mit den vorhandenen Asylstrukturen nicht bewältigt werden konnte. Der Ausnahmezustand und die Überlastung der Asyl-Verwaltung wurden unübersehbar. Retrospektiv wurde von zahlreichen Beteiligten der Beginn der Engagementbewegung in Leipzig mit diesen Ereignissen im August 2015 verknüpft. Im Folgenden gebe ich einen empirischen Einblick in diese Zeit und analysiere die Effekte des sich vollziehenden Öffnungsprozesses auf bestehende Hierarchien und Verwaltungsabläufe.

Die neue Situation 2015 war auch dadurch geprägt, dass erstmals Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) für Geflüchtete in Leipzig errichtet wurden. Bis 2015 gab es nur eine EAE in Sachsen (Chemnitz).<sup>23</sup> Ab 2015 nutzte das Land Sachsen jedoch Liegenschaften in weiteren Kommunen, um Notfallunterkünfte zu errichten, die die Funktion einer EAE einnahmen. EAEs liegen in der Verantwortung des Landes, während Gemeinschaftsunterkünfte kommunal verwaltet werden. Dadurch überlappten sich die Zuständigkeit des Landes für die Unterbringung und die kommunale Einbettung der Unterkunft inklusive all ihrer demografischen, infrastrukturellen und soziopolitischen Zusammenhänge. Diese Konstellation war neu und wurde im Sommer 2015 aufgrund der Überlastung der bisherigen Infrastrukturen überall in Deutschland praktiziert. In diesem heterogen strukturierten Betätigungsfeld wurden die Freiwilligen aktiv.

Eine grobe Einschätzung über ihre Anzahl im Forschungszeitraum kann man durch deren Registrierungen in den wenigen staatlich oder kommunal geförderten Ehrenamtskoordinationsstellen gewinnen. Im Stadtmagazin *kreuzer* heißt es:

---

23 Im Asylverfahren erfolgte die Unterbringung Asylsuchender in Leipzig erst nach dem Aufenthalt in der bis 2015 einzigen sächsischen Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) in Chemnitz, wo das Erstgespräch mit dem BAMF stattfand. Die Asylsuchenden wurden nach dem Königsteiner Schlüssel in die Kommunen verteilt und die Unterbringungsaufgabe in kommunale Verantwortung übergeben (vgl. Hinger und Schäfer 2019: 66). Nach dem Aufenthalt in der EAE erfolgt die Unterbringung von Asylsuchenden communal gesteuert in einer der drei verschiedenen Formen der Unterbringung: Gemeinschaftsunterkünfte, dezentrale Unterbringung im eigenen Wohnraum, und Einrichtungen für besonders schutzbedürftige Personen (Müller 2013: 12).

»Allein der Flüchtlingsrat hat mehr als 3.000 Personen in seiner Helfer-Kartei registriert. Die Diakonie verfügt über einen Interessentenpool von 850 Menschen. Johanniter-Regionalvorstand Wieland Keller schätzt, dass in den letzten Monaten etwa 150 bis 200 Anträge von Ehrenamtlichen über seinen Schreibtisch gegangen sind.« (Reker 2016: 18)

Diese Zahlen belegen das umfangreiche Interesse, es bleibt jedoch unklar, wie viel Menschen sich in mehreren Listen eingeschrieben haben, oder wie viele nur eingetragen, aber nicht aktiv sind. Diese Unübersichtlichkeit und Fluktuation der Aktivitäten und Akteur\*innen waren omnipräsent im Feld der Geflüchtetenhilfe in der Anfangsphase. Das ehrenamtliche Feld Leipzigs ist sehr vielfältig und eng an die jeweiligen Sozialräume, meist Stadtteile geknüpft. Alle meine Beobachtungen und Kontaktpersonen bestätigten jedoch das deutschlandweite Phänomen der immensen und außerordentlichen Hilfeleistung von Freiwilligen bei der Aufnahme von Asylsuchenden im Sommer und Herbst 2015 für Leipzig.

### 2.3.1 Die Ernst-Grube-Halle als Notunterkunft

Insbesondere der Bezug der Ernst-Grube-Halle als Notunterkunft im August 2015 stellte ein emotional stark aufgeladenes Ereignis in Leipzig dar. In der Erinnerung anwesender Freiwilliger wurde dies häufig als Startpunkt ihres Engagements benannt, von dem sie oft mit glasigen Augen berichteten und einen ganz positiv beschwingten Erzählmodus hatten. Da meine eigene Feldforschung zu diesem Zeitpunkt noch nicht begonnen hatte, besuchte ich die Halle erst, als sie bereits einige Wochen in Betrieb war. Die Ereignisse werden daher auf Basis und aus der Perspektive der umfangreichen medialen Berichterstattung durch die *Leipziger Volkszeitung* (LVZ) online und der *Leipziger Internetzeitung* (L-IZ), des Stadtmagazins kreuzer sowie offiziellen Stellungnahmen des Oberbürgermeisters und weiteren politischen Akteur\*innen und Pressemitteilungen der Stadt geschildert. Außerdem verwende ich Informationen aus Interviews mit beteiligten Freiwilligen sowie mit einem Mitarbeiter in leitender Funktion der Unterkunft.

Die Ernst-Grube-Halle ist eine Sporthalle der Universität Leipzig, die im August 2015 zwar in regulärem Betrieb war, aufgrund der Semesterferien jedoch nicht benutzt wurde. Die Halle befindet sich am Elsterflutbecken, welches das fußläufige Zentrum der Stadt westlich streift. Das Gebäude steht erhöht über dem Flutbecken, das wie ein breiter Fluss erscheint. Der Richard-Wagner-Hain, ein begrünter Hang, eine Wiese und eine belebte Fahrrad- und Fußweg-Achse trennen die Halle vom Flussbett. Diese Fläche ist ein beliebter Treffpunkt in Leipzig, gerade im Sommer. Es grenzen mehrere Stadtgebiete an diese Fläche an. Das Publikum ist demnach potenziell divers und fluktuierend. Wenngleich in der unmittelbaren Nähe zur Sporthalle keine Wohnhäuser stehen, ist die Sichtbarkeit dieses Ortes durch

die beschriebenen Benutzungs- und Passiermöglichkeiten sehr hoch. Diese Halle sollte nun im August 2015 als EAE in Leipzig umfunktioniert werden.

Der Bezug der Notunterkunft Ernst-Grube-Halle startete mit der nächtlichen Ankunft mehrerer Busse mit Geflüchteten am 14. August 2015 vor dem Gebäude (vgl. LVZ 15.08.15). Am Dienstagabend zuvor, den 11. August 2015, hatte die Landesdirektion Sachsen die Leipziger »Stadtverwaltung und Leipziger Politik« per E-Mail darüber informiert, dass am Freitag Asylbewerber\*innen in der Ernst-Grube-Halle in Leipzig untergebracht werden sollten (LVZ 15.08.15). Insgesamt, so die Landesdirektion am 12. August in einer Pressemitteilung, sollten »bis zu 500 Asylbewerber in dieser Notunterkunft ein Quartier erhalten« (Landesdirektion Sachsen 12.08.15). Laut Steffen Decker, Mitarbeiter der Johanniter in leitender Funktion in der Ernst-Grube-Halle, sei die Halle regulär für eine Notbelegung von 300 Menschen ausgelegt (vgl. Interview am 21.01.19). Das Gebäude sei eine Liegenschaft des Landes Sachsen und für »Katastrophenlagen immer vorgesehen« (vgl. Interview am 21.01.19). Die Entscheidung der Landesdirektion für dieses Gebäude war dennoch für nicht direkt beteiligte Akteur\*innen überraschend, da es sich nicht in der »Liste eigener Liegenschaften für die Erstaufnahme« der Landesdirektion befand (Nagel 13.08.15).

Die Sporthalle musste binnen drei Tagen zu einer Notunterkunft umgebaut werden. Dafür hatte die Landesdirektion die Stadt Leipzig um Hilfe gebeten. In Leipzig wurde daraufhin die Branddirektion aktiv, welche in Leipzig den Katastrophenschutz koordiniert (vgl. LVZ 14.08.15). Diese wandte sich an die Johanniter als zuständige Wohlfahrtsorganisation, da diese laut Katastrophenschutzplan der Stadt Leipzig gerade zuständig waren (vgl. Interview Steffen Decker 21.01.19, vgl. auch Interview Markus, ehem. Mitarbeiter der Johanniter 28.11.18). Dieser Plan strukturiert die zeitlichen Zuständigkeiten der »Katastrophenschutzeinheiten des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter-Unfall-Hilfe und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft« (Katastrophenschutz Leipzig o.J.). Mit Steffen Decker, der bei den Johannitern zu der Zeit Ansprechpartner war, wurde vereinbart, dass die Johanniter »ganz regulär im Rahmen des Katastrophenschutzes« alarmiert werden sollten, da eine »Unterbringungsnotlage« vorgelegen habe (Interview Steffen Decker 21.01.19).

»Und so haben wir es dann auch erstmal behandelt: als reines Einsatzgeschehen. Und da hat sich aber relativ schnell herausgestellt, dass das kein zeitlich abgrenzbares Einsatzgeschehen bleibt, sondern dass es hier wirklich um eine dauerhafte Dienstleistung geht.« (ebd. 21.01.19)

Als die sogenannte »Schnelle Einsatzgruppe« der Johanniter die Lage in der Halle bewertete und mit der Arbeit begann, war »noch unklar, wer den Betrieb der Notunterkunft übernimmt« (LVZ 15.08.15; vgl. auch LVZ 16.08.15b). Diese Unklarheit blieb aufgrund von langwierigen Verhandlungen zwischen dem Johanniter Orts-

verband und der Landesdirektion bestehen (LVZ 24.08.15). Die Johanniter gingen aber ohne Vertrag nicht in finanzielle Vorleistung (vgl. Interview Steffen Decker 21.01.19). In der Folge wurde der Umbau und die Versorgung der Asylsuchenden die ersten »zwei/zweieinhalb Wochen« ehrenamtlich organisiert (ebd. 21.01.19; vgl. LVZ 16.08.15a; vgl. LVZ 24.08.15). Wieland Keller, zuständiger Regionalvorstand der Johanniter, beschrieb die Lage der Freiwilligen gegenüber der LVZ wie folgt:

»[Kellers Ansicht nach] funktioniere die Notunterkunft nur dank des Einsatzes der Freiwilligen. Dabei seien die Helfer vor Ort zur Improvisation und zu pragmatischen Lösungen gezwungen. ›Wenn dann abends noch ein Bus kommt, der nicht angekündigt wurde, dann fährt eben noch jemand zum Großhandel und besorgt Essen und Getränke.‹« (LVZ 24.08.15)

Während grundsätzlich der Einsatz von Ehrenamtlichen im Rahmen des Katastrophenschutzes üblich ist, ist die Dauer des Einsatzes von ehrenamtlicher Hilfe in diesem Fall besonders lang gewesen (vgl. Interview Steffen Decker 21.01.19). Dies hängt mit dem in dieser Situation besonderen, nämlich gleitenden Übergang von Notsituation und dauerhafter Dienstleistung zusammen. Institutionell wurden zunächst die Schritte eingeleitet, die bei einer »humanitären Notlage« eingeleitet werden müssen, die Stadt hat in der Folge jedoch die Situation nicht wie eine solche klassifiziert und den »Katastrophenfall« ausgerufen, obwohl es laut Decker »Katastrophenfall-würdig« gewesen wäre (ebd. 21.01.19). Das hatte zur Folge, dass weitere Hilfsinstrumente nicht mehr zugänglich waren, weil diese nur im Falle einer bestimmten Notlage zugänglich sind. Beispielsweise stehen in einem Evakuierungsfall die »Strukturen« und »Mittel der Feuerwehr und Katastrophenschutzorganisation zur Verfügung und die haben wir auch angefordert«, aber wegen der fehlenden Einordnung als ein solcher Einsatz konnten diese nicht »regulär mit [eingebunden]« und teilweise nicht benutzt werden (vgl. ebd. 21.01.19). »Ich weiß in anderen Kommunen wurden diese Mittel zum Einsatz gebracht. [...] Wenn du das als Katastrophenfall machst, kannst du anders und leichter agieren, aber das wurde nicht gemacht.« (ebd. 21.01.19) In der Folge mussten die benötigten Hilfsmittel über die Landesdirektion angefordert werden, »was immer so ein bisschen die Wege verzögert hat« (ebd. 21.01.19). Den Katastrophenfall hätte der Oberbürgermeister (OBM) für Leipzig, die Landesdirektion für Sachsen ausrufen können, »dann hat man einfach andere Strukturen und andere gesetzliche Grundlagen, die man da nutzen kann. Auch für die Helfenden. Es geht ja auch um die Freistellung von der Arbeit« (ebd. 21.01.19). Die Sachkosten wurden von der Landesdirektion ersetzt. »Für einige Ehrenamtliche vor Ort muss die Landesdirektion auch rückwirkend den Verdienstausfall übernehmen.« (LVZ 24.08.15) Aufgrund der fehlenden Einstufung als Katastrophenfall hatten die ehrenamtlichen Helfer\*innen der Katastrophenschutzeinrichtung keine »Lohnfortzahlungen, das heißt, wir können sie nicht von der Arbeit abziehen« (Interview Steffen Decker 21.01.19).

Entsprechend diesem Wechsel von Notfallsituation zu dauerhafter Situation veränderte sich auch die ›Herkunft‹ der freiwillig Helfenden. Ehrenamtlich Mitarbeitende kamen zunächst vor allem aus den Reihen der beteiligten Hilfswerke, die durch die Notfallsituation vor Ort waren (vgl. Interview Steffen Decker 21.01.19). Diese waren laut Zeitungsberichten das Technische Hilfswerk, die Johanniter, der Flüchtlingsrat sowie das DRK, das die Feldbetten lieferte, die am Nachmittag des 14.08.15 eintrafen. Die Essensversorgung übernahm das Studentenwerk (vgl. LVZ 15.08.15). Diese Gruppe der Freiwilligen, die an eingesetzte Hilfsorganisationen angegliedert waren, nahm jedoch zunehmend ab, da man »über Nacht quasi tatsächlich dort 200 Leute stehen hatte [...], die sagten ›Ich will mithelfen‹«. Die ›Herausforderung‹ bestand recht schnell darin, das umfangreiche Hilfsangebot aus der Bevölkerung »zu koordinieren« (Interview Steffen Decker 21.01.19; vgl. Böhm 18.08.15; vgl. Freitag 15.08.15a; vgl. Student\_InnenRat Leipzig 16.08.15). Die involvierten Akteur\*innen hatten Hilfeaufrufe in ihren Netzwerken geteilt, weil klar wurde, dass die Versorgung der Asylsuchenden noch länger ehrenamtlich geschehen muss und die Beteiligten an ihre Grenzen kamen (vgl. LVZ 16.08.15a). Aufgrund des beträchtlichen Echos wurden für eine bessere Koordination des Einsatzes der Freiwilligen am 18.08.2015 zwei Informationsveranstaltungen veranstaltet, die insgesamt etwa 800 Interessierte besuchten (vgl. Loch 18.08.15; vgl. Freitag 18.08.15b). Die ersten Tage waren davon geprägt, dass noch recht unklar war, wer die Freiwilligen und die Spenden koordiniert (da es noch keinen Träger gab) und welche Bedarfe es überhaupt gibt. Dabei kam es vor, dass die Handlungen eher aktionistisch geprägt waren, sodass die Johanniter die Freiwilligen auch zeitweise etwas bremsen mussten (Freitag 15.08.15a; vgl. auch Interview Steffen Decker 21.01.19). Die Koordination des Engagements wurde zeitweise an den Flüchtlingsrat ausgelagert, der jedoch nicht dafür personell ausgestattet wurde und daher diese Aufgabe in der Praxis nicht erfüllen konnte. Schritt für Schritt übernahmen die Mitarbeiter\*innen der Johanniter vor Ort die Koordination der Freiwilligen. Den Einsatz von Freiwilligen als *dauerhaften* Einsatz zu ›managen‹, stellte ein neue Aufgabe dar. Die Neuartigkeit ließ viel Raum für Experimentierprozesse und Improvisation, wie ich in Kapitel 4 aufzeigen werde. Die Halle wurde noch bis Februar 2016, also insgesamt etwa ein halbes Jahr lang, als Notunterkunft genutzt.

Im Rahmen der Unterbringung und Versorgung in der Ernst-Grube-Halle zeigte sich des Weiteren, dass durch die Involvierung von Akteur\*innen wie den Johannitern auch neue Rolleninterpretationen und eigene Agenden Eingang ins Feld fanden. Versteht man die Notunterkunft als Assemblage, so wird deutlich, dass die konstituierenden Elemente, zum Beispiel die Johanniter, ihre eigenen Netzwerke und Ressourcen, sowie Erfahrungen mitbringen, die in den sozialen Interaktionen mit anderen Elementen vor Ort eine Neukonstitution des Feldes in Gang setzen. Dabei bilden grundsätzlich, so DeLanda (2006: 13ff.) die Konflikte um Kodierungen und um Stabilisierung und Destabilisierung des Feldes die zentralen Prozesse.

Solche Konflikte können als sichtbare Reibungspunkte beobachtet werden, wie ich im Folgenden deutlich mache. Die Johanniter beispielsweise brachten bestimmte Vorstellungen von Sozialverträglichkeit für Massenunterkünfte mit, die sie vor Ort umsetzen wollten:

»Wir haben uns schon immer anders verstanden als der eigentliche Auftrag war, im Sinne von: ›Ihr seid da, um Unterbringung, Essensversorgung und Sicherheit zu gewährleisten.‹ Da haben wir gesagt: ›Ja, das können wir machen, aber damit schaffen wir keinen Frieden.‹ Die Leute sind einfach da, die haben Fragen, die brauchen Unterstützung. Und da haben wir uns so ein bisschen abgehoben in Sachsen, was die Einrichtungen anging. Obwohl wir eine sehr, sehr große Einrichtung waren, waren wir auch immer eine der ruhigsten, weil wir gesagt haben, wir müssen den Leuten auch *individuell* immer wieder helfen.« (Interview Steffen Decker 21.01.19)

Dies zeigt, dass innerhalb dieses Verantwortungsbereiches der Landesdirektion eine Trägerschaft auch bedeutet, dass diese ein eigenes Selbstverständnis mitbringt. Dazu gehört auch, dass zahlreiche Akteur\*innen sich dem Feld zuwenden, um dort positiv wirksam zu sein. Diese emotionale Komponente machte die Zeit in der Ernst-Grube-Halle für zahlreiche Beteiligte zu einem eigenen Anliegen (vgl. Kapitel 2.3.3). Das bedeutete auch, bestehende Abläufe und Regulierungen aktiv in Frage zu stellen. Dies geschah jedoch nicht ohne Konflikte, wie ich im Folgenden schildere.

### 2.3.2 Neue Hierarchien und Verwaltungsabläufe im Kontext von Notunterbringungen

In der oben beschriebenen Situation in der Ernst-Grube-Halle prägten sowohl das Zusammenkommen der Expertise und Ressourcen verschiedenster Akteur\*innen vor Ort als auch die Unmittelbarkeit der Ereignisse die Situation. Entscheidend für den Zusammensetzungsprozess dieser Assemblage ist, dass sich diese Elemente aus Anlass der kurzfristigen Unterbringung von Menschen neu zusammenfügten, wobei Netzwerke und Eigenschaften dieser Elemente erhalten blieben. Das bedeutet, dass innerhalb dieser Assemblage (Ernst-Grube-Halle) neue Beziehungen zwischen den Elementen entstanden. Fragen der Zuständigkeiten und Hierarchien stellten sich neu und wurden sichtbar in Bezug auf Arbeitsteilung und Verwaltungsabläufe. Sichtbar wurden diese Aushandlungen vor allem an konflikthaften Punkten, wo Unmutsäußerungen über Kommunikation und Zuständigkeiten teilweise öffentlich geäußert wurden.<sup>24</sup>

---

<sup>24</sup> Oberbürgermeister Jung kritisierte die »Informationspolitik des Sächsischen Innenministeriums« (Leipzig Fernsehen 20.08.15). Juliane Nagel, Stadträtin der Linken, sagte, die Kommu-

Die strukturellen Lücken wurden nicht mithilfe von Strategien oder vorgefertigten Plänen gefüllt, stattdessen verlangte die neue Situation von allen Beteiligten Improvisation. Steffen Decker formulierte dies als »Narrenfreiheit« (Interview 21.01.19), die daraus resultierte, dass keiner der Beteiligten konkrete Erfahrungen mit der Unterbringung von Menschen auf unbestimmt lange Zeit hatte. Improvisation findet in Situationen statt, »in der Politiken formuliert werden müssen und in soziale Welten interveniert werden muss, obwohl keine differenzierten Theorien, Modelle oder eindeutigen Evidenzen verfügbar sind« (Fariás 2014: 154). Der Betrieb der Unterkunft musste starten, ohne dafür auf konkrete Strategien, Expertisen und Wissensbestände vor Ort zurückgreifen zu können. Vorhandene Regulierungen klärten die Unterbringung, Sicherheitsstrukturen, aber nicht die sozialen Aspekte des längeren Zusammenlebens in einer Massenunterkunft (vgl. Interview Steffen Decker 21.01.19). Im Sinne eines »problemgeleiteten Experimentierprozesses« (Fariás 2014: 175) wurden vorhandene Strukturen und Kompetenzen genutzt und, der Situation angepasst, neu zusammengefügt und ergänzt (vgl. ebd.: 174). Es war zunächst unklar, welche Lösungen zielführend sein werden, da existierende Wissenbestände und Zuständigkeiten der neuen Situation allein nicht gerecht werden können. Dadurch wiederum entstanden neue Abläufe und Hierarchien, die eingespielte Routinen infrage stellten. Decker schilderte im Interview einen Schlüsselmoment, der diese Dynamiken in der Verwaltung der Ernst-Grube-Halle noch einmal mehr verdeutlicht. Die Episode findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem es bereits einen Betreuungsvertrag zwischen Landesdirektion und Johannitern gab und wird hier mit großem zeitlichen Abstand wiedergegeben:

»Wir hatten mal so ein paar Diskussionen [mit der Landesdirektion], wo sie gesagt haben: ›Wir machen das jetzt so und so‹, wo ich gesagt habe: ›Können wir so machen, aber es wird halt Mist‹ und ›Vertraut doch mal den Leuten, die vor Ort in der Einrichtung stehen und arbeitet mit denen gemeinsam!‹ Und obwohl es so einen Betreibervertrag gab, hatte ich manchmal das Gefühl, die Landesdirektion hat uns wie als eine Art Belästigung gesehen, weil wir immer wieder Fragen hatten und Anrufe hatten, Anliegen hatten und die haben es halt nicht richtig verstanden, dass wir denen sozusagen eigentlich den Rücken freihalten. Und bis wir dann mal gesagt haben, also es ging dann hauptsächlich darum, es gab dann immer diese Listen welche Leute am nächsten Tag zum Termin müssen<sup>25</sup> und diese Listenaufstellung war total intransparent. Es war einfach nicht nachvollziehbar

---

nikation des »Landes« sei »desaströs« (Nagel 14.08.15). Vgl. auch Jung auf seinem Facebook-Account: »Nein, es ist nicht in Ordnung, die Ernst-Grube-Halle für die Erstaufnahme von Flüchtlingen zu nutzen. Es gibt und es hätte bessere Lösungen gegeben. Das Innenministerium hätte die Stadt nur einbeziehen und fragen müssen. Insbesondere der Staatssekretär handelt kopflos. So schürt man Unverständnis auch bei Gutwilligen!« (LVZ 15.08.15).

25 Zum Erstaufnahmegespräch beim BAMF in Chemnitz.

wer dort auf der Liste auftaucht, weil Leute, die schon länger da waren, tauchten nicht auf der Liste auf und Leute, die seit einer Woche da waren, tauchten plötzlich schon auf der Liste auf. Das sorgt natürlich für viel Unmut. Diese Listenverkündung war immer ein sehr heikles Thema. Auch, weil die Leute es einfach nicht verstanden hatten und dann auch teilweise wirklich wütend geworden sind aus nachvollziehbaren Gründen. Dann haben wir gesagt: ›Okay, macht uns das einfach mal transparent, damit wir das einfach erklären können, wie diese Listen zustande kommen. Oder gebt uns die Möglichkeit, dass wir sozusagen die Leute auf diese Listen setzen können‹, weil es sind einfach Leute untergegangen bei der Landesdirektion [...]. Ich habe irgendwann gesagt: ›Wissen Sie was? Kommen Sie einfach mal vorbei und erklären Sie uns das.‹ So und dann ist er gekommen und ich hab den Termin angekündigt in der Ernst-Grube-Halle und das sorgte dafür, dass während wir im Büro-Container saßen und besprochen haben, dann vor dem Container 150 Leute waren, die Fragen hatten und gesagt haben: ›Wann tauche ich auf der Liste auf?‹ und das war für ihn auch so ein Schlüsselmoment wo er gedacht hat, oder gemerkt hat: Okay, die wollen mir hier nichts Böses, dass die mich tausend Mal anrufen und sagen ›Da fehlt ein Name auf der Liste‹, sondern das sind die Probleme vor Ort. Und am nächsten Tag erhielt ich einen Anruf: ›Herr Decker, schicken Sie uns die Liste, die Sie wollen, wir nehmen die Namen, die Sie senden.‹ Und da dachte ich: ›Genau so muss es sein.‹ Aber es war immer sehr anstrengend, zu diesem Punkt zu kommen. Auf und ab. Reine Verwaltungskrise. Ich bezeichne es auch nicht als Flüchtlingskrise, sondern als Verwaltungskrise. Weil, die waren komplett überfordert.« (Interview Steffen Decker 21.01.19)

Decker schildert, wie aus seiner Perspektive Verwaltungsabläufe, von denen seine Arbeit abhängig war, unpraktikabel wurden und daher eine Veränderung von seiner Seite aus initiiert wurde. Die Übertragung der eingeübten Abläufe und die bisher involvierten Strukturen auf die neue Situation funktionierte nicht reibungslos. Nach Ansicht Deckers fehlte die Einsicht in das tatsächliche Geschehen vor Ort. Hier wird deutlich, dass sich unterschiedliche Vorstellungen davon, welche Personen im Feld »Professionelle« sind und was sie legitimiert, aneinander reiben. Das spezielle Wissen der Akteur\*innen vor Ort wurde nicht selbstverständlich als Legitimierung für die Definitionsmacht über Vorgänge im Feld anerkannt. Erst durch Beharrlichkeit und Kommunikation gelang es, zu einer Zusammenarbeit zu kommen, und so die Expertisen und jeweiligen Einflussbereiche neu abzustecken. Man kann sagen, dass die Landesdirektion die Johanniter nicht gleich als »Professionelle« in ihrem speziellen Rahmen angesehen haben. Vor Ort jedoch, so machte Steffen Decker im Interview deutlich, wurden die Johanniter in der Ernst-Grube-Halle schnell die Expert\*innen für die »Probleme vor Ort« (ebd. 21.01.19). Diese Spezifität und die Unmittelbarkeit der Ereignisse »vor Ort« bewirkt, dass sich auch die Empfänger\*innen eines staatlichen Auftrages aufgrund ihrer Nähe zu den Ge-

schehnissen als »Professionelle« verstehen, während die Auftraggebenden »Professionelle« in einem anderen, hierarchisch legitimierten Verständnis sind.

Insbesondere in Krisen, in denen vorgefertigte, normalisierte Handlungsabläufe in ›Unordnung‹ geraten, scheint es ratsam zu sein, die damit zusammenhängenden Kategorisierungen in »Professionelle« und »Laien« zu hinterfragen und nach *aktuellen* Legitimierungsgrundlagen zu suchen. Im vorliegenden Fall wurde das Wissen um Geschehnisse »vor Ort« zu einer essenziellen Ressource und einer Form der Legitimierung innerhalb der Assemblage. Für diese Öffnungsprozesse muss es aber auch »invited spaces« geben. Sozialamtsleiterin Kador-Probst verdeutlicht, dass sie durch die Erfahrungen seit 2012 gelernt habe, dass sie aus ihrem Büro heraus nicht wissen kann, was die Menschen vor Ort brauchen und dass in Bezug auf dieses Wissen die Kompetenzen der Träger und Akteur\*innen vor Ort gehört und unterstützt werden müssen (vgl. Interview Martina Kador-Probst 19.12.19).

### 2.3.2 Zivilgesellschaftliche Akteure als Teil asylpolitischer Felder

Im Jahr 2015 entstand eine Situation, in der sich die Balance ›staatlicher‹ und ›nicht-staatlicher‹, ›zivilgesellschaftlicher‹ Aufgabenbereiche durch die starke Beteiligung der Freiwilligen und die gestärkte Rolle von Vertretenden der Träger\*innen der Unterkünfte noch einmal neu kalibrierte. Die Aufgaben ›nicht-staatlicher‹ Akteur\*innen und ihre Einbettung in städtische Strukturen, ihre Rolle innerhalb der Assemblage, wurde damit neu verhandelt. Diese diskursiven Aushandlungen, auf die ich noch mehrfach in der Arbeit ausführlich zu sprechen komme, brauchen einen methodischen Hintergrund, der ermöglicht, diese immer wieder als dichotom dargestellte gesellschaftliche Bereiche ›Zivilgesellschaft‹ und ›Staat‹ einen gemeinsamen Raum, eine Interaktionsfläche zu geben. Um es mit Rosie Read zu sagen: Die Zivilgesellschaft ist nichts, was *außerhalb* des Staates zu verorten ist (2018: 91f.).

Sowohl *Assemblage Theory* als auch *Stateography* sind methodische und theoretische Konzepte, mithilfe derer sich die Dichotomie von ›dem Staat‹ und ›der Zivilgesellschaft‹ analytisch dekonstruieren lässt. Die Assemblage beschreibt gesellschaftliche Prozesse durch ein »nested set of individual emergent wholes operating at different scales« (DeLanda 2016: 16). Im Rahmen der *Stateography* legen Thelen, Vettters und Benda-Beckmann besonderes Augenmerk auf drei Beobachtungsfelder: Erstens »*relational modalities*«, zweitens »*boundary work*« und drittens die »*embeddedness*« der jeweiligen Akteur\*innen oder Akteursgruppen.<sup>26</sup> Für die vorliegende

---

26 Im Sammelband sind diese Fokusse in den unterschiedlichen Feldstudien unterschiedlich stark ausgeprägt. Larissa Vettters (2018) zum Beispiel beschreibt, wie entlang eines Kontinuums unterschiedliche Vorstellungen (›*relational modalities*›) über den Staat in der Bevölkerung existieren und die Menschen demnach agieren.

Arbeit möchte ich im Folgenden beispielhaft darauf eingehen, wie ich diesen Ansatz analytisch verwende:

1. Die Vorstellungen der Menschen über das, was der Staat sein sollte, wie der Staat agieren sollte (*relational modalities*) spielen eine entscheidende Rolle für ihr Handeln in Bezug auf die Geflüchteten, die in die Stadt kommen. Auf welche Art die Helfenden aktiv werden und wie sie diese Hilfe bewerten, hängt auch mit ihrer Auffassung davon, was ein Staat tun sollte, zusammen. Diese Auffassung entsteht auch aus vergangenen Erfahrungen, die die Menschen gemacht haben, weshalb der Blick auf Dispositive sowie individuelle Bezüge zu vergangenen Ereignissen und Erwartungen an die Zukunft relevant für die Gegenwartsbeschreibungen sind (vgl. Thelen, Vettters und Benda-Beckmann 2018: 7).

2. Mit dem Fokus auf »*boundary work*« der Akteur\*innen verdeutlichen die Autorinnen, dass die einzelnen Akteur\*innen und Gruppen auf bestimmte Art und Weise (siehe Punkt 3) eingebettet sind in »webs characterized by differences in power and access to diverse resources. Interactions within these webs (re)create boundaries of inclusion and exclusion as expressions of power differentials« (ebd.: 8). Diese Netzwerke waren auch im Forschungszeitraum eine entscheidende Ressource für ehrenamtliche und hauptamtliche Personen, die Projekte oder Gesetze umsetzen mussten. Inklusions- und Exklusionsmechanismen beschreibt auch DeLanda als zentrale Prozesse in Assemblagen (2006: 13; 2016: 22). Durch die besondere Situation der Gleichzeitigkeit mehrerer Prozesse im Forschungszeitraum entstanden neue Interpretationsräume, in denen unterschiedliche Vorstellungen über Aufgabenverteilung nebeneinander existierten und auch durch die Verhandlungen sichtbar wurde. Thelen, Vettters und Benda-Beckmann sprechen auch von einer »tension between what actors see state agents do and what they think those actors ideally should be doing« (2018: 9).

3. In ihrem dritten Untersuchungssaspekt, »*embeddedness*« (ebd.: 8), beziehen sich die Autorinnen auf Gluckmann, der in seinem gleichnamigen klassischen Artikel das »dilemma of the village headman« beschreibt, in dem die multiple Eingebundenheit von Personen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturen und Netzwerken als Thema Eingang in die Ethnologie findet und beispielsweise bei der Beschreibung von Rollenkonflikten bei »local state actors« bis heute relevant sind (ebd.: 8). Diese resultieren daraus, dass die Akteur\*innen zusätzlich zu ihrer Rolle, in der sie beispielsweise staatliche Aufträge erfüllen müssen, noch eingebettet sind »in many other relations within the local community that involve different sets of norms« (ebd.: 8). Diese unterschiedlichen Rollen der Akteur\*innen gilt es nachzuvollziehen, um sie in die Analyse einzubeziehen, als Teil der Konstruktion von Machtbeziehungen und Hierarchien (vgl. ebd.: 8). Im vorliegenden Fall stellen Policies und Diskurse den globalen Rahmen dar, die die Verwaltung und Unterbringung von Geflüchteten in Deutschland regulieren bzw. legitimieren. Dazu gehören die räumliche Abschottung im Umfeld, die gemeinsame Unterbringung

in einem Gebäude, die Fokussierung auf die Bereitstellung von Essen, Schlafplatz und Sicherheit und die Verwaltung im Rahmen der Asylgesetzgebung. Außerdem werden Zugänge zu Leistungen eng an Status geknüpft. Über die Asylanträge der Menschen in einer Erstaufnahmeeinrichtung wurde in der Regel noch nicht entschieden, sodass für sie noch keinerlei Integrationspolicies oder rechtliche Leistungsbezüge außerhalb der bloßen Mindestanforderung der Unterbringung rechtlich greifen. Im Kontext dieser »state practices« und Policies sind sowohl die Handlungen der Johanniter als auch die Veränderungen zu verorten, die ihr Handeln der Johanniter vor Ort bewirkt.

Die Listen-Episode, die ich in Kapitel 2.3.2 beschrieben habe, steht symbolisch für einen Arbeitsauftrag, der im Alltag der Unterkunft der Asylsuchenden und Johanniter-Angestellten in der Umsetzung zu Schwierigkeiten führte. Der Widerstand der Bewohnenden der Unterkunft verdeutlicht auch *deren Agency* in dieser Situation, welche den Optimierungsprozesses initialisierte. Letztendlich brauchte es aber die Johanniter als Mittler, als Durchsetzer dieser Veränderungen. Dies zeigt, dass das immanente Rollenverständnis als »Professionelle« vor Ort als Ausgangspunkt auch einer Neuinterpretation der globalen Unterbringungs- und Verwaltungs-Policies in Bezug auf Geflüchtete gesehen werden kann. Durch die Entstehung von Erstaufnahmeeinrichtungen in den Kommunen vergrößerte sich nicht nur die Zahl der involvierten Akteur\*innen, diese brachten auch ihre eigenen Agenden mit, was im vorliegenden Fall die eines großen Wohltätigkeitsvereins war. Diese Agenden, diese eigenen Policies, fanden Eingang in die Organisation und Verwaltung von Geflüchteten über Regulierungsaushandlungen in der Praxis. Hier wird deutlich, dass in der Unterkunft durch die Mitarbeitenden der Johanniter auch eine Lobby für die Widerstände der Geflüchteten in der Unterkunft geschaffen wurde.

Auch andere hauptamtliche Angestellte, mit denen ich gesprochen habe, beschrieben als ihr Motiv für die Arbeit, Asylsuchenden in dieser Situation des Ankommens helfen zu wollen (und dafür Geld zu bekommen) (vgl. Interview Larissa Kranz 18.08.16; vgl. auch Interview Moritz Jäger 10.12.15; beide arbeiteten in Erstaufnahmeeinrichtungen als Angestellte eines Wohlfahrtsvereins). Larissa Kranz zum Beispiel sprach davon, dass sie die Unterbringung in so einer Erstaufnahmeeinrichtung politisch nicht befürwortet, dennoch aber ihre Mitarbeit als eine Möglichkeit betrachtet, diese Situation vor Ort zu verbessern: Sei es durch die möglichst positive Auslegung der Regelungen, durch ein Lächeln oder durch Beobachtung von und Kritik an anderen Mitarbeitenden, die rechte Gedanken äußern. Das heißt: die Mitarbeitenden verhielten sich nicht nur in Bezug auf die konkreten Unterbringungsverordnungen, sondern einige von ihnen setzten diese auch in Beziehung zu überlokalen Diskursen und Rechtsprechungen der deutschen Asylpolitik. Wie Steffen Decker formulierte, agierten sie über ihren Arbeitsauftrag hinaus, weil sie

die Lage so einschätzten, dass nur durch einen Mehraufwand sichergestellt werden kann, dass die gesetzlichen Mindestanforderungen in der Praxis erfüllt werden.

Welchen Einfluss haben diese Ausführungen nun auf die Einbindung von Freiwilligen? Das Beispiel der Ernst-Grube-Halle hat gezeigt, dass die Bewältigung einer Krisensituation ein hohes emotionales Potenzial unter allen Beteiligten hatte, weil für ein als gemeinsam angenommenes Ziel versucht wurde, alle möglichen Widrigkeiten zu überwinden. Jedes Mal, wenn ich mit Beteiligten gesprochen habe, haben sie auch noch Jahre später (2019) hervorgehoben, dass der Einsatz dort ganz besonders war und sie gern daran zurückdenken, auch wenn – oder *gerade*, *weil* – es so anspruchsvoll und fordernd gewesen ist. Steffen Decker schilderte mir im Interview:

»Es war eine spannende Phase, gleichzeitig eine sehr herausfordernde Phase und auch eine sehr emotionale Phase, insgesamt. Aber gleichzeitig hattest du immer so ein gutes Gefühl, weil du so ein gutes Team hattest. Wir hatten nie das Gefühl, dass wir irgendeine Situation nicht geschaukelt kriegen, bzw. hatten wir auch gar keine Zeit darüber nachzudenken [lacht]. Wir *durften* gar nicht scheitern. Das hat viel Kraft gegeben, aber dann auch im Nachhinein natürlich viel Energie rausgesaugt.« (Interview Steffen Decker 21.01.19)

Weiter berichtet er, dass Freiwillige deswegen auch aktiv nach Hause geschickt werden mussten. Ich sehe dieses beschriebene Gemeinschaftsgefühl und die gemeinsam erreichten Erfolge im Zusammenhang mit der engen Zusammenarbeit und dem häufig als gering empfundenen Hierarchiegefälle zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen vor Ort. Insbesondere in diesen kurzfristigen Nothilfesituationen, so schilderte mir auch Moritz Jäger, habe es kaum Unterschiede zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen gegeben (Interview Moritz Jäger 10.12.15). Dies spricht für eine Offenheit in der Definition von Professionalität im Feld. Die ehrenamtlichen Akteur\*innen professionalisierten sich in ähnlicher Weise, auch wenn sie dabei nicht unbedingt Geld für ihre Arbeit bekommen. Sie sammelten Erfahrung im Umgang mit der Situation von Geflüchteten, sie lernten die Möglichkeiten von Unterbringung und Verwaltung und die Möglichkeiten eigenen Agierens darin kennen. Auch dies gehört zur Öffnung des Feldes, nämlich im Bereich des Selbstverständnisses der Menschen darin als Akteur\*innen mit Handlungspotenzial.

Meine These ist, dass durch die starke persönliche Involviertheit der Menschen, die jetzt in dieses Feld kamen, auch die Belange von Geflüchteten Teil der Auseinandersetzung mit Verwaltungsabläufen und deren Gestaltung werden konnten. Diese relevanten Faktoren werden nicht genauer von Shore und Wright im Rahmen der Policy-Analyse erklärt. Es ist der relationale Ansatz der *Stategraphy*, der diese Analyse ermöglicht, weil er danach fragt, wie die Akteur\*innen Policies und Diskurse adaptieren, interpretieren und wie sie darin ›Staatlichkeit‹ konstruieren (vgl. Kay 2018: 58). Die *Assemblage Theory* wiederum vermag es diese feingliedrigeren Be-

schreibungen in einem Gesamtkonzept zu verstehen, dass über politische Felder hinausgeht.

## 2.4 Zwischenfazit: Analyse eines sich ausweitenden politischen Feldes

Es ist deutlich geworden, dass schon 2012 und verstärkt ab Sommer 2015 eine Vermischung der Expertisen und der unterschiedlichen Herangehensweisen der involvierten Akteur\*innen prägend für die Entstehung neuer Institutionen und Organisationen waren. Freiwillige und hauptamtliche Fachkräfte aus dem Katastrophenschutz und Angestellte der Landesdirektion trafen in diesem neuen Feld zusammen und etablierten neue Verfahren, neue Strategien und teilweise auch Hierarchien. Durch Improvisation, Umnutzung von Räumen und einer Öffnung des Akteur\*innenfeldes entstand ein viel größerer involvierter Kreis der Gegenstände, Menschen, Netzwerke, des Wissens und der Hierarchien, die als zugehörig zur asylpolitischen Assemblage angesehen werden müssen. Wie eingangs beschrieben, spielten die Beteiligten dabei keine passive Rolle, sie konstituierten die Assemblage maßgeblich mit. Als weitere Bestandteile meines assemblage-artigen Forschungsfeldes wurden *lokale* Diskurse und Policies über Asyl und Integration diskutiert. Lokal sichtbare Handlungen sind Teile überlokaler Prozesse.

Es deutet sich also an, dass sich innerhalb des Wandels die Konstitution des asylpolitischen Feldes verändert, auch durch Uminterpretationen von bestehenden Policies und neuer Legitimierungen von Professionalität innerhalb eines Feldes. Durch die besondere Situation der Unmittelbarkeit der Geschehnisse ergab sich ein Raum, in dem die Erfahrungen der Agierenden in den Unterkünften sie als »Professionelle« (Bourdieu 2001: 70) legitimierte. Durch Beharrlichkeit und Insistieren auf ihre Perspektive konnten sie Veränderungen in der Kommunikation und in den Verwaltungsabläufen realisieren. Dieser Raum wurde verhandelt und erkämpft. Dies verdeutlicht, dass die von Bourdieu für das politische Feld beschriebenen Abschottungeffekte, so sie denn beobachtbar sind, auf überkommunaler Ebene größer sind als im kommunalen Politikfeld. Dadurch wird sichtbar, wie sich im Kontext der Öffnung politischer Felder die Urheberschaft von Policies in Assemblagen vervielfältigt (vgl. Shore und Wright 2011). Vor allem auf kommunaler Ebene werden, politische Felder sichtbar breiter und die Vorstellung eines sich mehr und mehr abschottenden politischen Feldes treffen hier nicht zu. Die Beschreibungen Bourdieus über das politische Feld erklären jedoch die Widerstände, die innerhalb dieser Öffnungsprozesse zu beobachten sind (vgl. Adam und Vonderau 2014: 16).

Diese räumlich gedachte Öffnungsbewegung sowie das Konzept der relationalen Betrachtung des Interaktionsraumes von ›Staat‹ und ›Zivilgesellschaft‹ ist Grundlage für die Erörterungen des folgenden Kapitels, die sich auf die Erweite-

rung der Handlungsfelder einzelner Akteur\*innen beziehen. Während ich in diesem Kapitel die Ausweitung des politischer *Felder* aufgezeigt habe, untersuche ich im folgenden dritten Kapitel die Heterogenität freiwilliger *Handlungen*.